

PROTECT-IT

Ausgabe 31 | 2014 | protect-it.ch | facebook

FACHZEITSCHRIFT FÜR POLIZEI, ARMEE UND SICHERHEIT

GRIPEN

Showdown oder Startup?

KLIMABERICHT

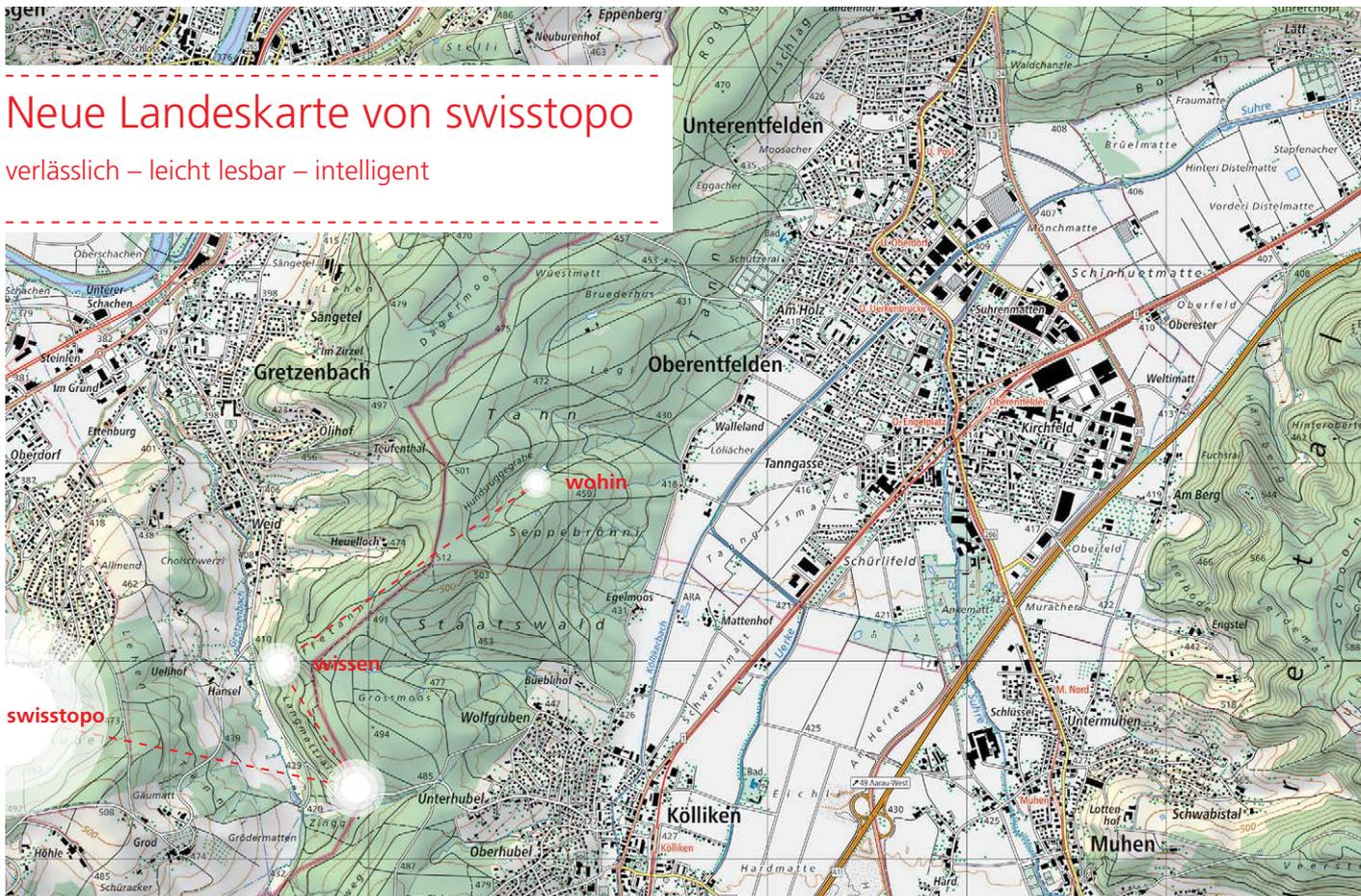
Runter mit den CO²-Emissionen

STRAFANSTALT LENZBURG

protect-it.ch im Gespräch mit Marcel Ruf

NSA HEARTBLEED

Die Bezeichnung für eine schwere Sicherheitslücke



Neue Landeskarte von swisstopo

verlässlich – leicht lesbar – intelligent

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Landestopografie swisstopo
www.swisstopo.ch

www.swisstopo.ch/nlk



Feuerlöscher,
Sprinklersysteme,
Gaslöschsysteme,
Brandmeldeanlagen ?

Von MINIMAX!
Ihrem kompetenten Partner
für Brandschutz mit System.



MINIMAX AG
Stettbachstrasse 8
CH-8600 Dübendorf
Tel. 043 833 44 55
info@minimax.ch
www.minimax.ch

Ihre Nr. **1**
MINIMAX



DAS VOLK SAGT NEIN – WIR SIND DAS VOLK ...

Ein neuer Kampfjet für unsere Sicherheit sollte es sein, damit die Armee glaubhaft ihre Aufgaben erfüllen kann. Bei der Abstimmung hat sich die Schweiz aber gegen das Projekt, 22 neue Gripen-E-Kampfjets für die Luftwaffe zu beschaffen, entschieden.

Die Luftraumüberwachung ist eine der Kernaufgaben der Armee. Dazu braucht es moderne Kampfjets, die vorausblickend sorgfältig evaluiert und beschafft werden, damit keine Kampfkraft-Lücke entsteht, das ist an sich unbestritten.

Der Gripen, eine preiswerte Lösung gewesen, den wichtigen Aufgaben genügend, hat nicht überzeugt. Da gab es Kommunikationspannen der Verantwortlichen zuhauf, Unsicherheiten wurden nur unter Druck ausgeräumt, es sah aus wie ein stetes Verheimlichen; Trans-

parenz musste lautstark eingefordert werden. Und Ueli Maurer, ein wenig charismatischer Typ, hat es nicht fertig gebracht, die Menschen im Land zu begeistern, zu überzeugen - nicht einmal bei seinen Soldaten und Offizieren ist ihm dies genügend gelungen. Indiskretionen und Widerstand in den eigenen Reihen, Ressentiments aus der Westschweiz und dem Tessin, und dumme Witze, die unglücklichen Intervention von Schwedens Vertretern seitens des Staates und von Saab selbst, haben die Stimmung ebenso negativ beeinflusst, wie die kluge Taktik der Gegner, die den kriegerischen Argumenten Emotionen entgegenstellten.

Man könne das gleiche Geld viel besser und nachhaltiger in andere, wichtigere Bereiche investieren (z.B. Bildung und Infrastrukturausbau) und so bedeutend grössere, positive Effekte erreichen, meinten die Gegner. – Das hat offenbar gezogen, mehr als die verwirrenden Feindbilder und eine (in der Darstellung des eigenen Verteidigungsministers) schwächelnde Armee, die tief innen kein klares, modernes Konzept aufweist.

Es war ja kein Nein zur Armee, doch eine Absage zum Vorsichhinwursteln, zu den Argumenten des kalten Krieges und zu einer Armeeführung, die nicht mit dem Volk redet, sondern nur ihre Ideen durchzwängen will.

Die Anforderungen an die Sicherheit unseres Staates heissen: Cyberwar, Flüchtlingsdruck, Terrorismus, Klimawandel mit Katastrophenszenarien und politische Spannungen in Europa mit Kriegsgefahr.

Unsere Armee ist eine Art Versicherung, unser Territorium, unsere Lebensart und unsere Stellung in der Welt zu behaupten, wenn die Diplomatie versagt. Dazu muss sie sich neu definieren. Jetzt ist zwar eine Gelegenheit verpasst worden, aber eine Chance hat sich aufgetan. Nutzen wir sie!

*Anton Wagner
Herausgeber protect-it.ch*



12

MALAYSIA AIRLINE MH370

Der Malaysia-Airlines-Flug MH370 war ein internationaler Linienflug von Kuala Lumpur nach Peking. Nichts deutete auf ein Problem hin, doch am 8. März 2014 gegen 01:30 Uhr Ortszeit verschwand das Flugzeug mit 239 Menschen an Bord aus der Überwachung der Flugverkehrskontrolle des Subang Airports. Seither ist das Flugzeug verschollen.



16

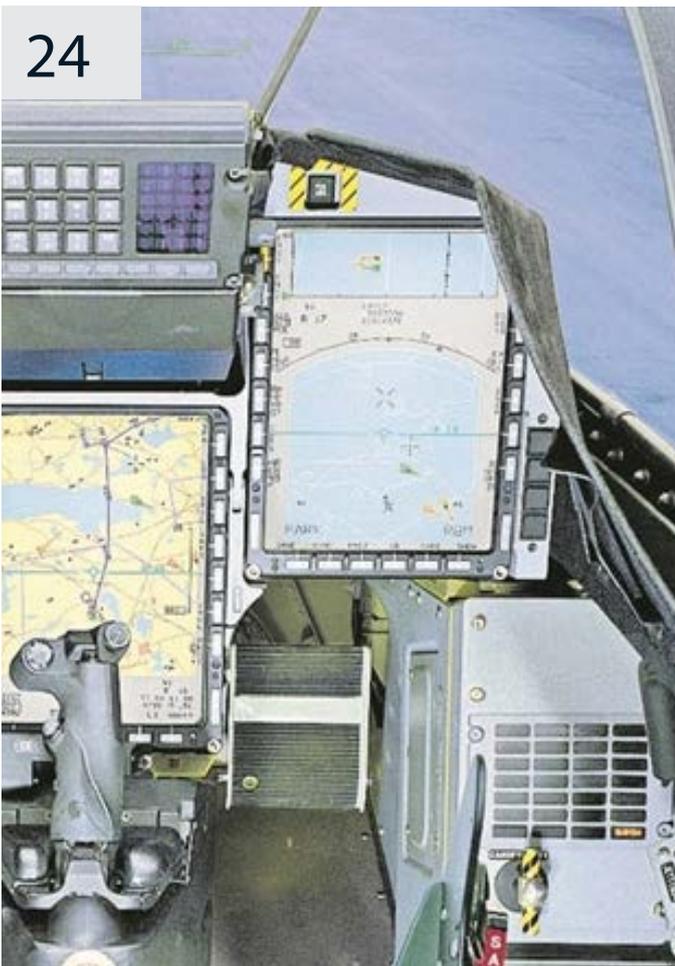
DIE MACHT DER WAFFEN

Aufrüstung rund um die Welt. Erstmals seit fünf Jahren geben die Staaten wieder mehr Geld für ihre Armeen aus. Friedensforscher sehen die Entwicklung mit Sorge.

SHOWDOWN ODER STARTUP?

Beschaffung von 22 Kampflugzeugen des Typs «Saab Gripen E» abstimmt.

24



34

SCHWERE JUNGS & HARTE HAND

Interview mit Marcel Ruf, Direktor der Strafanstalt Lenzburg.



42

GEFAHR DER URBANISIERUNG

Gefährlichste Städte



46

SYRIEN IST ZERSTÖRT

Die Kämpfe und Unruhen in Syrien gehen in das vierte Jahr. Der Konflikt hat Berichten zufolge mehr als 140'000 Menschen das Leben gekostet, und es gibt mehr als 2,5 Millionen syrische Flüchtlinge (UNO).

NOVEC™ 1230 UND MX 1230

Das richtige Löschkonzept für EDV-Räume

66



BLICK IN DIE WELT

Syrien, Ukraine, Süd Sudan, Venezuela, Afghanistan, Ruanda, Malaysia, Grossbritannien 6

NEWS SCHWEIZ

14

AUFRÜSTUNG

Die Macht der Waffem 16

KLIMABERICHT

Runter mit den CO²-Emissionen 20

GRIPEN

Showdown oder Startup? 24

EU-RUNDUMSCHLAG GEGEN WAFFENRECHT

Von Willy Pfund, Präsident proTELL 32

NSA

Hartbleed, die Bezeichnung für eine schwere Sicherheitslücke 36

INTERVIEW

protect-it.ch im Gespräch mit Macel Ruf, Direktor der Strafanstalt Lenzburg 38

EDWARD SNOWDEN

US-Geheimdienste müssen sich neu organisieren 44

SYRIEN

Wir sind am Ende 48

KRIMINALSTATISTIK

Weniger Kriminalität 50

GEFAHR DER URBANISIERUNG

Die zehn gefährlichsten Städte 54

INTERVIEW

protect-it.ch im Gespräch mit Regierungsrat Hans-Jürg Käser 60

MINIMAX

Das richtige Löschkonzept für EDV-Anlagen 66

Swisstopo

Neue Landeskarten für die Schweiz 70

Rebellen auf einer Straße in der nordöstlichen Stadt Deir Ezzor.



Ein weibliches Mitglied einer kurdischen Rebellengruppe in Stellung beim Dorf Al-Menajir, nahe bei Hasaka.

Trümmer nach einem Luftangriff von Regierungstruppen Markt auf Daraya, südwestlich von der Hauptstadt Damaskus. Hubschrauber haben mit TNT und Eisenschrott gefüllte Fässer abgeworfen.



SYRIEN IN TRÜMMERN

Die Menschen sterben und sind bereits von Ratten angefressen, bevor die Nachbarn ihre Leichen überhaupt bergen können.

Drei Jahre unbeschreibliche Gewalt und Verzweiflung lasten mittlerweile auf der syrischen Bevölkerung, von der die Hälfte auf der Flucht ist. Ihre Häuser sind Ruinen, Schulen und Krankenhäuser zerstört, Bäckereien und Felder verwüstet. Ungezählte Familien haben alles verloren, ihre Angehörigen, ihre Existenz und ihr Vertrauen in die Zukunft. Gleichzeitig überfordert der Massensexodus aus Syrien immer mehr die Kräfte der Nachbarländer. Rund 2,5 Millionen Flüchtlinge haben sich bisher in den Libanon, die Türkei, den Irak, nach Jordanien und Ägypten in Sicherheit gebracht – die größte Flüchtlingskatastrophe in der modernen Geschichte des Nahen Ostens. Zwei Drittel von ihnen sind nach jüngsten Umfragen überzeugt, dass sie ihre Heimat nie mehr wiedersehen werden. Weitere sieben bis acht Millionen irren im Landesinneren zwischen den Fronten herum. Dabei hatten die aufständischen Bürger am 15. März 2011, der ersten landesweiten Massendemonstration gegen die Diktatur von Baschar al-Assad, mit heroischem Mut versucht, sich nicht provozieren zu lassen und ihre Rechte gewaltfrei einzufordern. Wochenlang trotzten sie den Schüssen der Sicherheitskräfte, den Greifkommandos des Regimes sowie den systematischen Folterkampagnen. Doch das ist längst Geschichte, untergegangen in einem schier endlosen Strom von Mord und Totschlag. Ein Jahr später hatten bereits 8'500 Männer, Frauen und Kinder ihr Leben verloren, gegen Ende des zweiten Kriegsjahres bereits 80'000 und heute liegt die Zahl der Opfer bei mindestens 140'000.



Demonstranten verbrennen während einer Anti-Regierungsdemonstration Reifen in der Innenstadt von Kiew.

UKRAINE **EXPLOSIV**

Die USA und die EU drohen mit weiteren Sanktionen gegen Russland, falls Präsident Wladimir Putin den vereinbarten Friedensfahrplans nicht schnell genug vorantreibt. Folgen keine konkreten Schritte, soll es Konsequenzen geben. Nur welche? Verschärfte Wirtschaftssanktionen mit dem Risiko, dass Moskau Europa den Gashahn zudreht?

Moskau solle die Separatisten entwaffnen, die besetzten Gebäude räumen lassen, die Straßenkontrollen aufheben und endlich mit der OSZE zusammenarbeiten.

Die Russen aber lassen sich nicht so leicht herumkommandieren. Die USA hätten vorerst dafür zu sorgen, dass die ukrainischen «Hitzköpfe» keinen blutigen Konflikt im russisch geprägten Osten und Süden des Landes provozierten. Eine Provokation, die den Russen in die Hände spielen könnte, denn genauso hat die Annexion der Krimhalbinsel begonnen.

In der Ostukraine werden bei Zusammenstößen immer wieder Menschen getötet. Die moskautreuen Kräfte sowie russische Staatsmedien sprachen von mindestens fünf Toten. Prorussische Kräfte beherrschen noch immer etliche Städte in der Ostukraine. Die Lage bleibt gespannt, zumal massive russische Truppenverbände an der ukrainischen Grenze stehen.



SÜD-SUDAN NEUE KONFLIKTE

Politische Streitigkeiten zeigen die instabile Lage in der jungen Nation von Süd-Sudan. Bei den blutigen Auseinandersetzungen sind mindestens 1'000 Menschen gestorben, 100 tausende wurden aus ihren Häusern vertrieben. Einmal mehr sind Friedensgespräche angesetzt, unterstützt durch mobilisierte UN-Friedenstruppen, um zu versuchen, die Krise vor einer weiteren Eskalation zu stoppen. Bei den Auseinandersetzungen geht es weit gehend um den Besitz der reichhaltigen Ölvorkommen im Norden des Süd-Sudans.



Toter Rebell der von der Süd-Sudanischen Armee während einer Schießerei getötet wurde, in der Nähe des Flughafen Bor, 180 km nordwestlich von der Hauptstadt Juba.



VENEZUELA GEWALTSAME PROTESTE

Anlässlich des Jahrestages des ehemaligen Präsidenten Hugo Chavez wurde das Land während mehr als drei Wochen durch Proteste und Demonstrationen von Studenten erschüttert. Das Land kommt nicht zur Ruhe, Spannungen und Gewalt trennen Venezuela in Anti- und Pro-Regierungsgegner.

◀ Tausende von Anti-Regierungs-Studenten liegen auf dem Boden während einer Protestaktion vor dem venezolanischen Justiz-Gebäude in Caracas.



AFGHANISTAN HAT GEWÄHLT

Trotz der Drohungen der Taliban haben die Afghanen gewählt. Viele warteten stundenlang geduldig, um ihre Stimme abzugeben. In etlichen Provinzen gingen wegen des grossen Andrangs gar die Stimmzettel aus. Mehr als 350'000 Sicherheitskräfte standen bereit die Präsidentenwahl zu schützen, denn die Taliban hatten gedroht, die Wahlen zu stören, Wahllokale in die Luft zu sprengen. Nach Angaben der Wahlkommission sollen sich rund 7 der 12 Millionen Wahlberechtigten am Urnengang beteiligt haben, ein Drittel davon Frauen, was als sensationeller Erfolg gewertet werden kann.

Keiner der Kandidaten um die Nachfolge von Präsident Hamid Karsai hat bisher mehr als 50 % der Stimmen erhalten. Ex-Außenminister Abdullah Abdullah hat allerdings gegenüber seinem Hauptkonkurrenten Aschraf Ghani mit rund 45 % der Stimmen die Nase vorn. Ex-Finanzminister Ghani kam laut nur auf rund 33 %. Für einen Sieg in der ersten Runde ist allerdings eine absolute Mehrheit notwendig. Sonst ist

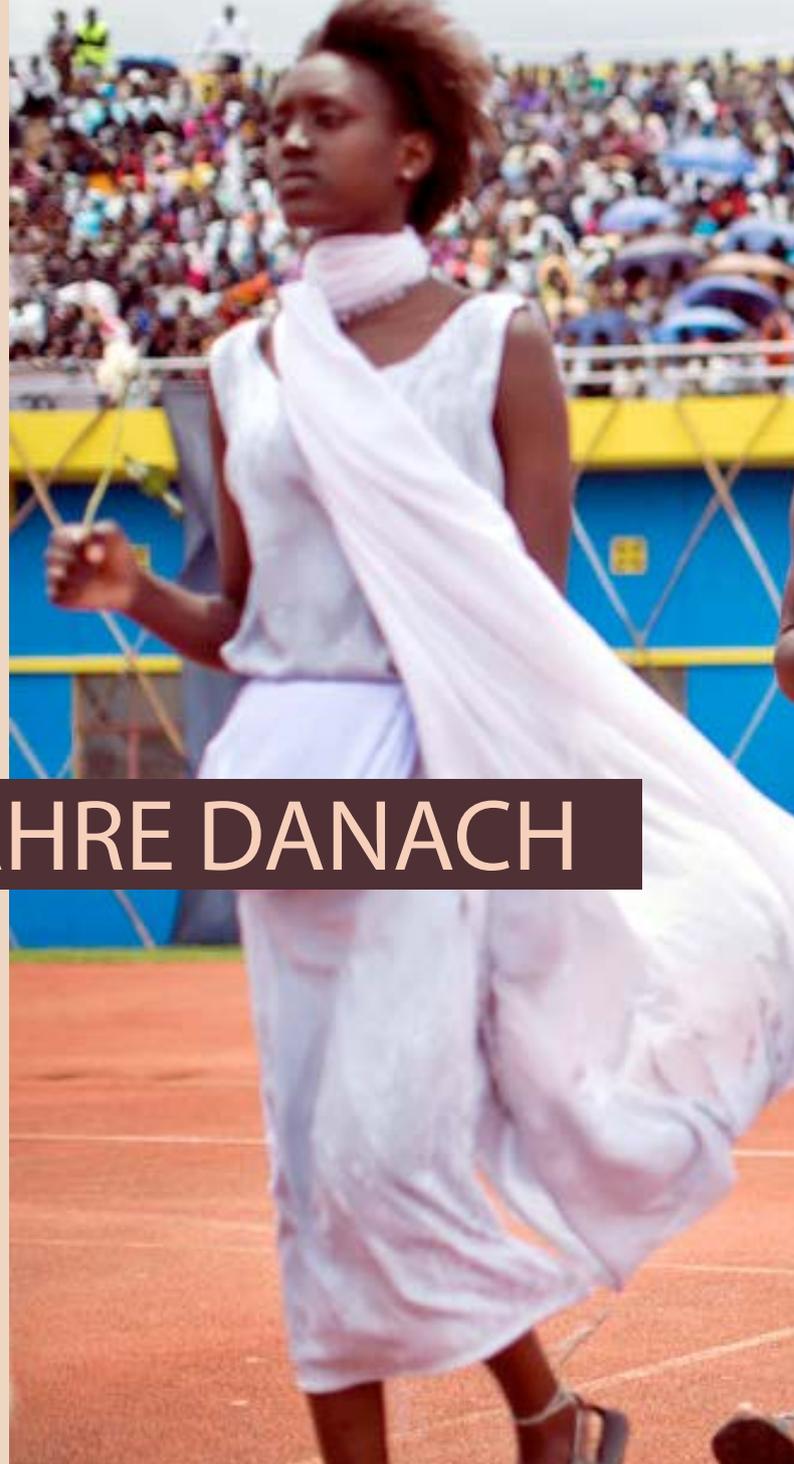
für den 28. Mai eine Stichwahl geplant, da treten die beiden Spitzenreiter gegeneinander an.

Abdullah war bei der von Betrug überschatteten Wahl im Jahr 2009 Karsai unterlegen. Karsai regiert Afghanistan seit dem Sturz des Taliban-Regimes Ende 2001 und durfte nach der Verfassung nicht ein drittes Mal zur Wahl antreten.



Eine afghanische Frau in Kabul zeigt ihre Wählerregistrierungskarte. ▶

Überlebende des Völkermordes erzählen ihre Erinnerungen an die Morde und das Überleben. An der nationalen Genozid-Gedenkstätte in Kigali werden Szenen des Völkermordes durch Schauspieler nachgespielt.



RUANDA – 20 JAHRE DANACH

Zum 20. Mal jährt sich der Völkermord von Ruanda, bei dem mindestens 800'000 Menschen – meist ethnische Tutsi und moderate Hutu – durch die Hände von Hutu- Extremisten gestorben sind.

Die Beteiligten waren Angehörige der Hutu-Mehrheit (85–90 % der Bevölkerung, 10–15 % waren Tutsi), organisiert in Milizen (Interahamwe, Impuzamugambi), die ruandische Armee, die Präsidentengarde, die Hutu-Zivilbevölkerung, und die extremistischen Anhänger der radikalen »Hutu-Power«, die mit Organisationen der Tutsis nicht verhandeln wollten. Von April bis Juni 1994, während knapp drei Monaten, errichteten Hutu-Milizien im ganzen Land Strassensperren und die Hutu-Zivilbevölkerung metzelte Tutsis mit Macheten, Gewehren, Nagelkeulen und primitiven Waffen nieder. Anhand von vorbereiteten Listen und Ausweisen wurden Tutsis aufgespürt und ermordet. Auch gemäßigte Hutus wurden umgebracht.

Die Extremisten verbreiteten ihre radikale Hutu-Ideologie, dass Tutsis keine Menschen, sondern Ungeziefer (Kakerlaken «inyenzi») sind und ausgerottet werden müssten. Hier spielte das Radio (Sender «Ra-

dio-Télévision Libre des Mille Collines») eine zentrale Rolle, in dem diese Botschaften verkündet wurden. Viele Hutus waren nämlich Analphabeten. Aber auch Verwaltungsangehörige gaben Weisungen an die Zivilbevölkerungen auf, Tutsis zu ermorden. Die Täter warfen die Leichen in Flüsse oder Seen, beseitigten sie in Massengräbern, stapelten sie am Straßenrand oder ließen sie am Tatort liegen. Tutsis suchten Flucht in Schulen, Kirchen, Krankenhäusern etc. – es nützte ihnen nichts. Auch gemäßigte Hutus wurden umgebracht, da sie als Verräter angesehen wurden. 800'000 bis eine Millionen Tutsis verloren bei dem Genozid



ihr Leben. Damit fielen 75–90 % aller Tutsis in Ruanda dem Völkermord zum Opfer. Auch ca. 50'000 gemäßigte Hutus starben. Aus Angst vor der Rache der Tutsis flohen daraufhin ca. 2 Millionen Hutus in die Nachbarländer. Erst die Bilder dieser Flucht erregten weltweit Aufsehen und Mitgefühl und riefen die internationale Organisationen auf den Plan, um den Konflikt zu stoppen. Eine Umfrage ergab, dass 26 % der ruandischen Bevölkerung unter posttraumatischer Belastungsstörung leiden, das Land aber nicht über ausreichende psychosoziale Einrichtungen verfügt, um dieses Problem zu beheben.



Kleidung der Opfer des Völkermords, die in Ruanda getötet werden auf den Bänken in der Kirche in Nyamata. Tausende von Menschen wurden in und um die Kirche herum getötet wurde.

Ein Mann beobachtet einen großen Bildschirm mit verschiedenen Flügen in der Abflughalle des Kuala Lumpur International Airport.



◀ Trotz intensiver Suche im Indischen Ozean findet sich keine Spur von Flug MH370. Spekulation und viele offene Fragen bleiben.

GROSSBRITANIEN – LAND UNTER

Die britische Regierung hat die Mittel für den Hochwasserschutz in den vergangenen Jahren stark gekürzt und die Flüsse und Bäche, die das Wasser aufnehmen könnten, nicht mehr ausgebaggert.

Mehr als 5'000 Häuser waren in Südengland seit Weihnachten während zwei Monaten überflutet, etwa 170 Quadratkilometer Land standen in der Somerset-Ebene unter Wasser. Die Straßen waren nicht mehr befahrbar, viele Eisenbahnlinien unterbrochen. An der Küste von Cornwall rissen die Wellen eine der schönsten Eisenbahnstrecken der Welt auseinander – sie hatte seit 1847 alle früheren Stürme überstanden. Nach einem Monat reagierte die Regierung unter David Cameron, lieferte Pumpen, Notfallmaterial, schickte Soldaten. Geholfen hat das alles nichts, angesichts der schlimmsten Regenfälle und Stürme seit 1766. Dann lief auch noch die Themse über. Prinz Charles, der ebenfalls in den Flutgebieten unterwegs war und von den Menschen mit grossem Beifall empfangen wurde, ist sich sicher, dass der Klimawandel die Ursache sei. Der Thronfolger fürchtet, dass Großbritannien in den kommenden Jahren immer schlimmere Stürme erleben wird.



◀ Studenten aus einer internationalen Schule in der Stadt Zhuji in Ost-China beten für die Passagiere an Bord Malaysia Airlines Flug MH370 durch Anzünden von Kerzen.

MALAYSIA AIRLINE MH370

WIR HABEN EIN FLUGZEUG VERLOREN

Der Malaysia-Airlines-Flug MH370 war ein internationaler Linienflug von Kuala Lumpur nach Peking. Nichts deutete auf ein Problem hin, doch am 8. März 2014 gegen 01:30 Uhr Ortszeit verschwand das Flugzeug mit 239 Menschen an Bord aus der Überwachung der Flugverkehrskontrolle des Subang Airports. Seitdem ist das Flugzeug verschollen. Nachdem die Behörden zunächst von einem Flugzeugabsturz im Golf von Thailand ausgegangen waren, wurde später bekannt, dass das Flugzeug offenbar den Kurs gewechselt und bis zu sieben Stunden nach seinem Verschwinden aus der zivilen Luftraumüberwachung

automatische Signale an einen Satelliten gesendet hatte. Inzwischen gehen die Ermittler von einem Absturz im südlichen Indischen Ozean aus. Trotz der bisher aufwändigsten Suchaktion in der Geschichte der Luftfahrt wurden bisher weder Wrackteile noch der Flugschreiber des Flugzeuges gefunden. Immer wieder gehen Meldungen durch die Medien: Ein chinesisches Schiff habe im südlichen Indischen Ozean Impulssignale, die vom Flugschreiber der verschollenen Boeing 777 stammen könnten, empfangen, Wrackteile seien gesichtet worden. Flugzeuge, bis zu 17 gleichzeitig, und Schiffe mit Unterwasser-Detektoren sowie ein britische Atom-U-Boot durchkämmten 217'000 Quadratkilometer grosse Suchgebiet.



Wochen mit ausserordentlich nassem Wetter haben zu katastrophalen Überschwemmungen in Großbritannien geführt.

Feuerwehr und Rettungskräfte evakuieren Bewohner aus von der Flut betroffenen Häusern.



EINBRECHER ERSCHOSSEN – 15 MONATE FÜR POLIZIST

Früh an einem Septembermorgen versucht ein Polizist einen Einbrecher zu stellen, als dieser mit einem gestohlenen VW-Bus vor einem Rotlicht wartet. Er steigt aus dem Polizeibus aus, rennt allein zum VW-Bus und öffnet mit der Dienstwaffe in der Hand die Beifahrertür des Busses. Er wird überrascht, denn statt nebst dem Fahrer, befindet sich auch ein Beifahrer im Bus. Dieser machte eine Bewegung mit dem rechten Arm, worauf der Polizist einen Schuss aus seiner Pistole abgibt. Das Deformationsgeschoss durchbohrte den Kopf des 24-jährigen Beifahrers und den Arm des 25-jährigen Lenkers. Der eine Mann ist sofort tot.

- **Das Recht auf Leben der EMRK und des UNO-Pakts II verankert kein absolutes Verbot von Tötungen durch Sicherheitsorgane. Vielmehr kann bei Beachtung strikter Vorgaben die Anwendung auch potenziell tödlicher Gewalt und in Notwehrsituationen gar eine gezielte Tötung menschenrechtskonform sein.**
- **Speziell ist aber der Einsatz von Schusswaffen nur unter strikter Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips zulässig. Unverhältnismässig ist eine Gewaltanwendung zur Festnahme einer Person, die keine Gefahr für Leib und Leben anderer Personen darstellt und nicht verdächtigt wird, ein Gewaltverbrechen begangen zu haben.**
- **Nach jedem Schusswaffengebrauch durch Polizeikräfte ist eine unabhängige und sorgfältige Untersuchung durchzuführen**



Der Fall kommt nach Abschluss der Ermittlungen vor Gericht. Der Entscheid: Der Polizist hat ordnungswidrig gehandelt und ist schuldig, der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung! – Richtiges Handeln: a) nicht allein handeln b) Eigenschutz beachten c) zusammen mit einem Kollegen die Situation einfrieren d) Verstärkung herbeirufen e) Schusswechsel vermeiden.

CANNABIS IST IN!

Die Polizeikorps im Kanton Zürich haben zwar letztes Jahr über 80 Hanf-Indooranlagen ausgehoben – trotzdem boomt das Haschisch-Geschäft.

In der Kriminalstatistik ist die Zahl der Betäubungsmitteldelikte insgesamt zurückgegangen. Aber eben nur scheinbar. Der Rückgang stammt aus dem neuen Umgang mit den Kiffern. Seit einem halben Jahr werden sie nur mit Bussen bestraft. Sie tauchen also nicht mehr in der Statistik auf, ohne diese neue Praxis würden sie, wie in den Vorjahren in der Kriminalstatistik aufgeführt, die Zahlen wären steigend.

Das Problem zeigt sich vor allem in den grossen Schweizer Agglomerationen: Der Cannabis-Konsum ist eine Tatsache und lässt sich nicht eindämmen, egal wie repressiv die Polizei mit den Kiffern umgeht. Die Städte Basel und Zürich überlegen sich jetzt, in kontrolliertem Rahmen Cannabis abzugeben und damit den Schwarzhandel zurückzudrängen sowie Präventionsmassnahmen besser zu verankern.



PLATZMANGEL IN SCHWEIZER GEFÄNGNISSEN

In der Schweiz hat es Gefängnisplätze für insgesamt 7'048 Insassen. 2013 waren aber 7'072 Personen in Gefängnissen und Justizvollzugsanstalten inhaftiert. Eine Zunahme von 35 % in den letzten 14 Jahren.

Die Situation erklärt sich rasch: die Vollzugsanstalten wurden gebaut, als die Schweiz fünf bis fünfeinhalb Millionen Einwohner zählte. Nun hat sie 8,1 Millionen. Andererseits fordern Politik und Gesellschaft heute, dass man Leute schneller einsperrt und dass sie länger eingesperrt bleiben.



Die Strafanstalten in der Westschweiz und im Tessin sind zu 115,5 Prozent überbelegt. Bei 2'662 Gefangenen fehlen 357 Plätze. In der Nord- und Innerschweiz sind die Gefängnisse aber ebenfalls voll: Dort kommen auf 2'377 Insassen 2'381 Betten. Nur in der Ostschweiz hat es noch einige Plätze frei. Not macht erfinderisch: Einzelzellen werden doppelt genutzt oder Häftlinge schlafen auf Matratzen am Boden, 2er Zellen werden so vierfach belegt.

REICH GEBLITZT

Die beiden fest installierten Geräte der Bündner Standorte „San Vittore“ und „San-Bernardino-Tunnel“ brachten 2013 zusammen 10,4 Millionen Franken ein. Damit gehören sie sogar international zur Spitze. Allein der Blitzler von San Vittore brachte 6,7 Millionen Franken – doppelt so viel wie alle zwölf stationären Blitzler der Kantonspolizei Zürich zusammen.



WIRKUNG DES STRAFVOLLZUGS

In der Schweiz hat sich, wie in den übrigen europäischen Staaten, der Grundsatz durchgesetzt, dass der Strafgehalt einer Freiheitsstrafe allein im Entzug der Freiheit liegt, dass Strafgefangenen im Freiheitsentzug also keine zusätzlichen Leiden erfahren sollen und namentlich das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung haben. Einer «harten» Ausgestaltung des Freiheitsentzugs sind deshalb enge rechtliche Grenzen gesetzt.

Risikotäter verlangen allerdings eine spezielle Behandlung durch speziell geschultes Personal. Nach Expertenschätzungen ist jeder vierte Straftäter, der in einem Schweizer Gefängnis einsitzt, ein Risikotäter, eingesperrt wegen schwerer Delikte wie Mord, Vergewaltigung oder Raub. Um die verurteilten oder psychisch gestörten Straftäter zu betreuen und deren künftiges Verhalten einzuschätzen, fehlt es aber an

gut ausgebildetem Personal. Ein Risiko, dass derartige, als harmlos eingeschätzte Täter frühzeitig in die Freiheit entlassen werden.

In einzelnen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten werden unter den Stichworten «intensive incarceration», «shock incarceration» oder «boot camps» paramilitärisch ausgestaltete Vollzugseinrichtungen geführt, in welchen der Freiheitsentzug unter gezielt harten und teilweise kaum als menschenwürdig zu bezeichnenden Vollzugsbedingungen erfolgt (u.a. militärischer Drill, Ankettung der Gefangenen während der Arbeit, durch Dritte im Internet einsehbare Videoüberwachung der Gefangenen und demütigende Bekleidung). Diese Vollzugskonzepte sind mehrfach wissenschaftlich evaluiert worden: **Keine einzige Studie konnte indessen bislang den Nachweis erbringen, dass sich die Rückfallquote durch besonders harte Vollzugsbedingungen senken lässt.**



DIE MACHT DER WAFFEN

Aufrüstung rund um die Welt. Erstmals seit fünf Jahren geben die Staaten wieder mehr Geld für ihre Armeen aus. Friedensforscher sehen die Entwicklung mit Sorge.

> von Meinrad Vieli

Die weltweiten Rüstungs-Ausgaben liegen 2014 bei mehr als 1,5 Billionen Dollar. Während die größte Militärmacht der Welt ihre Ausgaben für die Armee senkt, rüsten gleichzeitig China, Russland, Afrika und der Nahe Osten auf.

Die weltweiten Rüstungsausgaben waren erst 2013 zum zweiten Mal in Folge gesunken. Rund 1,48 Billionen Euro gaben die Regierungen im vergangenen Jahr für ihr Militär aus, gegenüber 2012 bedeutete das einen Rückgang um 1,9 Prozent.





Doch damit ist es nun wieder vorbei. Vier der fünf Staaten mit dem größten Anstieg der Militärhaushalte sind im Mittleren Osten, So geht es aus dem jährlichen Bericht des britischen Militärverlags Jane's hervor.

Russland und China werden 2015 zusammen mehr Geld für Rüstung ausgeben als die gesamte EU. Russland hat 2013 Großbritannien von Rang drei der Länderliste verdrängt und wird seinen Militärhaushalt in den kommenden drei Jahren um 44 Prozent erhöhen und verdrängen.

Die größten Zuwächse gab es im Mittleren Osten. Oman und Saudi-Arabien haben ihre Militärhaushal-

te in den letzten zwei Jahren um mehr als 30 Prozent erhöht. Das Militärbudget Saudi-Arabiens hat sich innerhalb von zehn Jahren verdreifacht.

China hat nach den USA den zweitgrößten Militärhaushalt. Das Land wird bis 2015 mehr Geld für Rüstung ausgeben als Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen, sagen die Analysten von Jane's.

Insgesamt werden die Regierungen der Welt in diesem Jahr 1,547 Billionen Dollar für ihre Armeen ausgeben. Das ist ein inflationsbereinigter Anstieg um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



Die Rückgänge der letzten Jahre sind vor allem auf Kürzungen im US-Haushalt wegen des Rückzugs aus dem Irak und aus Afghanistan zurückzuführen. Der Anteil des Westens an den globalen Rüstungsausgaben wird auch in den kommenden Jahren weiter abnehmen.

Wachstumspotential bietet sich den Rüstungskonzernen hingegen in der Sub-Sahara, wo die Militär-Ausgaben im vergangenen Jahr um 18 Prozent anstiegen. Allerdings macht Afrika bisher nur 2 Prozent des Weltmarktes für Rüstung aus. ◀

ATOMARSENALE

▶ **USA: 9.400 Sprengköpfe**

Die USA waren 1945 die erste Atommacht – und bisher auch das einzige Land, das Atomwaffen eingesetzt hat. Am 6. und 9. August 1945 ließ der damalige Präsident Harry S. Truman Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abwerfen, hunderttausende Menschen starben.

▶ **Russland: 12.000 Sprengköpfe**

Die UdSSR hatte seit 1949 Atomwaffen, Ziel war es den USA ein ebenbürtiger Gegner zu sein. Nach der Auflösung der UdSSR ging das gesamte Arsenal an Russland über.

▶ **Frankreich: 300 Sprengköpfe**

Die «Force de frappe» existiert seit 1960. Frankreich entwickelt immer noch neue Nuklearwaffen für seine Armada von U-Booten und Kampfbombern.

▶ **China: 240 Sprengköpfe**

Die Volksrepublik besitzt seit 1964 nukleare Waffen. China hat als einzige Atommacht erklärt, sein nukleares Arsenal nicht für einen Erstschlag einsetzen zu wollen.

▶ **Großbritannien: 185 Sprengköpfe**

Das Vereinigte Königreich wurde 1952 zur dritten Atommacht, mit Starthilfe von den USA. Vermutlich 160 Sprengköpfe sind strategisch und werden auf U-Booten vorgehalten.

▶ **Israel: 80 Sprengköpfe**

Der jüdische Staat ist der große atomare Geheimniskrämer. Israel hat den Besitz von Nuklearwaffen nie zugegeben, streitet ihn aber auch nicht ab.

▶ **Pakistan: 70–90 Sprengköpfe**

Bis zum ersten Atomtest 1998 – fünf Wochen nach Indien – war das pakistanische Atomprogramm streng geheim. Das Arsenal wird auch heute noch ausgebaut.

▶ **Indien: 60–80 Sprengköpfe**

Unter dem Namen «lächelnder Buddha» testete Indien schon 1974 eine «friedliche nukleare Explosion», wie das Land es nannte. 1998 begannen dann Tests mit nuklearen Sprengköpfen. Indien besitzt noch genügend Plutonium für 1.000 weitere Sprengköpfe.

▶ **Nordkorea: unter 10 Sprengköpfe**

2003 zog Nordkorea seine Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag zurück. Seitdem hat die Diktatur zwei demonstrative Atomtests unternommen.

▶ **Iran**

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad erklärte sein Land kürzlich zum «Atomstaat». Noch hat Iran keine Nuklearwaffen, aber es reichert Uran an.

RUNTER MIT DEN CO²-EMISSIONEN

NEUER UNO-KLIMABERICHT

So wie bisher kann es nicht weitergehen: Das ist die harte Botschaft des neuen Uno-Klimaberichts. Bis Mitte des Jahrhunderts muss der weltweite Ausstoss an Treibhausgasen um 40, besser gegen 70 Prozent sinken.

> von Ralph Büsser

Die schlechte Nachricht zuerst: Die weltweiten CO₂-Emissionen sind in den vergangenen zehn Jahren so stark gestiegen wie noch nie zuvor, um durchschnittlich 2,2 Prozent pro Jahr. Schuld daran ist neben dem Wachstum der Weltbevölkerung vor allem das Wirtschaftswachstum. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Trend nur kurz bremsen können.

Die Menschheit muss dringend handeln, wenn sie den Klimawandel auch nur halbwegs im Griff behalten will – das ist das Urteil der Wissenschaftler aus der ganzen Welt. Dazu müsse der Anteil an CO₂-armen Technologien zur Stromerzeugung bis zum Jahr 2050 um den Faktor drei bis vier steigen. Das betrifft

die erneuerbaren Energieträger wie Wind, Solar, Wasser und Biomasse – aber eben auch Atomstrom und Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen mit anschließender CO₂-Abtrennung und -Speicherung.

Schwierig dabei ist, dass das Uno-Umweltprogramm gerade festgestellt hat, dass die weltweiten Investitionen in erneuerbare Energien gegenwärtig sinken; gleichzeitig steigt weltweit die Bedeutung der Kohle für die Stromerzeugung.

RUNTER VON DEN FOSSILEN BRENNSTOFFEN – ÖL, GAS, KOHLE

Dabei lautet die zentrale Forderung der Forscher: Vor allem im Energiesektor müssen weniger fossile Brennstoffe zum Einsatz kommen. Die Menschheit muss versuchen, von Öl, Gas und Kohle loszukommen. Nur, wie geht das am besten? Mit Wind, Sonne und Wasser? Mit Atomkraft? Durch das Lagern von CO₂ im Boden? Durch Verfeuern von Nahrungsmitt-

telpflanzen? Oder mit grossräumigen Eingriffen ins Weltklima, dem sogenannten Geo-Engineering?

Der Weltklimarat (IPCC) sagt nicht direkt, was zu tun ist. Er bietet nur Entscheidungshilfen - bei der Umsetzung sind die Staaten gefragt. Der neueste Bericht ist der dritte Teil des aktuellen Weltklimareports. Im ersten Teil wurden die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel zusammengetragen, im zweiten Teil ging es um die Folgen für Mensch und Natur. Der dritte Teil liefert nun Ideen, wie das Problem technisch in den Griff zu kriegen ist.

Es sind noch einmal 2'000 Seiten eng bedrucktes Papier. Die ersten beiden Teile waren ähnlich dick. Jeweils rund 30-seitige Zusammenfassungen sollen politischen Entscheidungsträgern helfen, die richtigen Schlüsse aus den Forschungen zu ziehen.

Wenn nichts passiert, so das Urteil der IPCC-Autoren, dürften die weltweiten Durchschnittstemperaturen bis zum Ende des Jahrhunderts um 3,7 bis 4,8 Grad steigen - mit dramatischen Folgen.

Diese Szenarien lassen sich aber nach Ansicht des IPCC noch immer verhindern - dafür muss der Ausstoss an Treibhausgasen bis zur Mitte des Jahrhunderts global um 40 bis 70 Prozent sinken - und bis zum Jahr 2100 auf null zurückgefahren werden. Die bisher in den internationalen Klimaverhandlungen gemachten Zusagen reichen also bei weitem nicht aus, um das Problem im Griff zu behalten. Sie dürften zu einem Temperaturplus von mindestens drei Grad führen.

Im aktuellen Bericht wird nach einem halben Dutzend geografischen Regionen differenziert. Daraus lassen sich zwar keine Verpflichtungen für einzelne Länder ablesen, wohl aber für Ländergruppen.

FAKTEN

Schwellenländer lassen sich nur langsam auf Klimaschutz ein.

Industriestaaten wie Kanada oder Australien haben keine Lust mehr aufs CO₂-Sparen und kassieren alte Versprechen.

Die Amerikaner wollen sich eh zu nichts verpflichten.

Die einst sehr engagierten Europäer nehmen sich nur kleine Ziele vor - und noch nicht einmal auf die können sie sich einigen. Im selbsternannten Klima-Musterland Deutschland boomt die klimaschädliche Braunkohle.

DIE HOFFNUNG STIRBT ZULETZT!

Vielleicht kommt ja der Tag, an dem Politik und Öffentlichkeit doch bereit sind, sich ernsthaft mit den Konsequenzen aus den Berichten zu befassen – mit all den ungemütlichen Diskussionen, die dann folgen: um unser Wirtschaftssystem und unseren Lebensstil, um die weltweite Rolle der Atomkraft, um CO₂-Abtrennung und Speicherung, um aktive Eingriffe ins Weltklima zur Kühlung der Erde - und allen damit verbundenen Risiken.

CHINA – DER NEUE SÜNDENBOCK

Die Fronten sind aber nicht so klar, wie sie erscheinen. Wichtigster CO₂-Produzent der Welt ist China (25 Prozent der Emissionen), das längst die USA (17 Prozent) überholt hat. Gleichzeitig ist der Treibhausgasausstoss der USA zuletzt gesunken – weil statt klimaschädlicher Kohle mehr Gas aus Fracking-Förderung verbrannt wird. Das hilft zumindest einstweilen in der Statistik.

Und auch in China sehen Umweltschützer Hinweise auf eine Abkehr vom Kohlestrom. Nach einer Greenpeace-Studie ist daran die schlechte Luft in vielen Städten des Landes Schuld. Deswegen hätten sich ein Dutzend der 34 chinesischen Provinzen verpflichtet, in den kommenden Jahren den Kohleverbrauch um bis zu 50 Prozent zu senken. Die Region um die Hauptstadt Peking wolle das Ziel sogar binnen fünf Jahren erreichen. Dabei könne China bis zum Jahr 2020 so viel CO₂ einsparen, wie Kanada und Australien zusammen ausstossen.

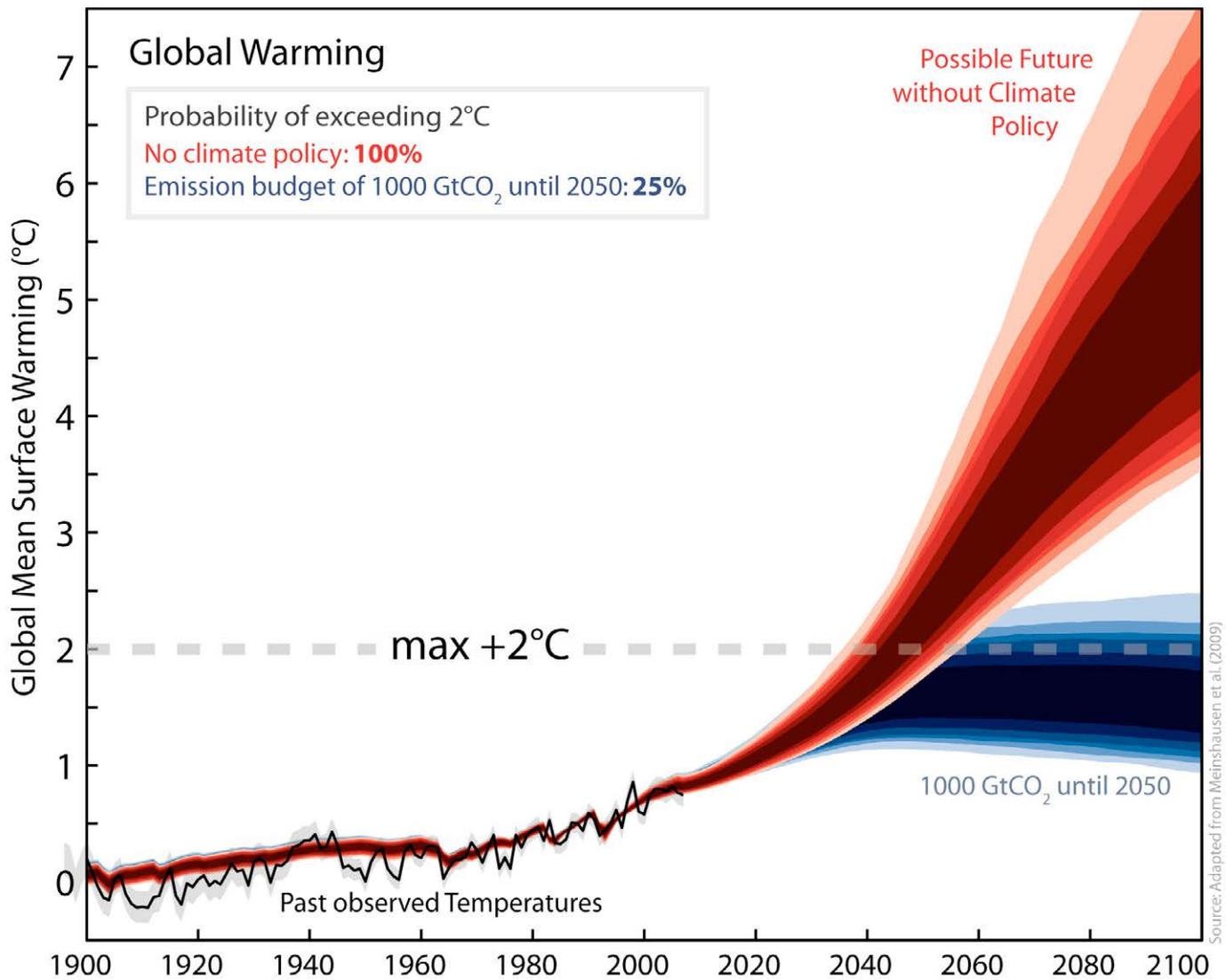
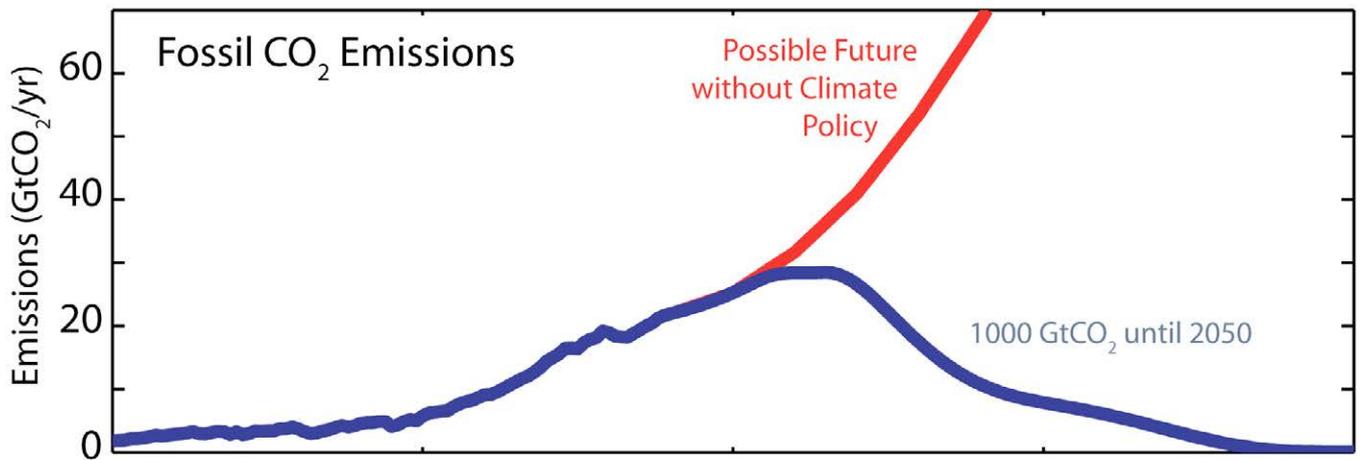
Im aktuellen IPCC-Bericht können Politiker nachlesen, wie viel Anstrengungen zu einem wirksamen Klimaschutz kosten dürften. Grundlage der Berechnung sind die weltweiten Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen. Die werden laut Schätzungen um 1,6 bis drei Prozent pro Jahr steigen. Der Klimaschutz sollte den Wissenschaftlern zufolge durchschnittlich 0,06 Prozentpunkte davon erhalten.

Eine Sache stellen die Wissenschaftler in ihrem Bericht allerdings klar: Das Klimaschutzproblem lässt sich nicht dadurch lösen, dass die Reserven an fossilen Brennstoffen zur Neige gehen. Dafür sind die weltweiten Lagerstätten noch zu voll. Auch das Erhöhen von ein paar Dämmen wird die Gebiete an den Ozeanen nicht schützen, wenn der Wasserspiegel der Weltmeere steigt.



UNDANKBARE ARBEIT FÜR DIE RUFER IN DER WÜSTE

Das Abfassen ihrer Klimaberichte mit Tausenden von Seiten, ist für die Autoren des Weltklimarats eine riesige und eher unangenehme Arbeit. Unzählige Sitzungen und Zehntausende von Kommentaren zu den Entwürfen sind zu sichten. Extra bezahlt werden die Forscher für die jahrelange Arbeit nicht und die meisten Menschen zeigen kaum Interesse für die Berichte. Die internationalen Klimaverhandlungen können seit Jahren kaum Fortschritte vermelden. Gleichzeitig steigen die globalen CO₂-Emissionen schneller als je zuvor. Und die Welt braucht immer mehr Energie. ◀



SHOWDOWN ODER STARTUP?

Jede Diskussion um die Armee wird in der Schweiz zur Sicherheitsdebatte. Besonders wenn es darum geht, die Schweizer Luftwaffe um- und auszubauen. So auch diesmal, wenn das Volk am 18. Mai 2014 über die Beschaffung von 22 Kampfflugzeugen des Typs «Saab Gripen E» abstimmt.

> von Anton Wagner



Immer wieder stimmte das Schweizer Volk für die Armee und ihre Anliegen, zuletzt im Herbst 2013 mit einem deutlichen Ja zur Wehrpflicht. Für die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist Sicherheit wichtig. Dies ist zum einen die Aufgabe der Polizei des Grenzschutzes, der wichtigste Auftrag dazu aber liegt bei der Armee. Sicherheit garantiert uns Frieden, Stabilität, Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung. So sehen es bisher die meisten Bürger im Lande.

Aus Sicht der Armee ist die Beschaffung dieser Flugzeuge dringend notwendig, weil 54 veraltete «F5 Tiger» nicht mehr zuverlässig einsatztauglich sind und ausgemustert werden sollen. Damit bleiben der Luftwaffe noch 32 voll einsatztaugliche Kampfflugzeuge «F/A18». Das sind aber für die Armee, mit dem Auftrag den Luftraum zu schützen und alle notwendigen Luft Polizeiaufgaben wahrzunehmen, zu wenig. Einerseits ist die Kampfkraft in einem wie auch immer gearteten Ernstfall zu klein und andererseits drohen der Luftwaffe nach und nach eine Ausdünnung an Piloten und Fachkräften und damit ein erheblicher Knowhow-Verlust.

GRIPEN-AUSWAHL

Trotz aller Gegenargumente der Gegner des neuen Kampfflugzeugs, kann davon ausgegangen werden, dass die Auswahl sorgfältig erfolgte. Die französische «Dassault Rafale» und der «Eurofighter» eines internationalen Konsortiums, waren zu teuer für unser Land, betrachtet man das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Nicht dass der Gripen, wie immer wieder kolportiert, ein Billig-Flugzeug wäre, dass entsprechend wenig Leistung aufweist. Im Gegenteil ist die Neuentwicklung des Gripen E eine bestechende Lösung eines Mehrzweckflugzeugs, das in all seinen Eigenschaften perfekt zu den Anforderungen unserer Luftwaffe passt und zudem die bestehende Luftflotte gut ergänzt. Der Gripen ist eine hervorragende Lösung für unser

Land, wenn man eine längerfristige Perspektive, auch nach dem F/A-18, im Auge hat. Saab ist zudem einer der besten Kampfflugzeugkonstrukteure und verfügt nicht nur über langjährige Erfahrung und das technische Knowhow sondern bringt als gute Risikoabsicherung den Schwedischen Staat Vertragspartner mit ins Boot. Beides gewährleistet ein hohes Mass an Sicherheit.

ES GEHT UM VIEL MEHR ALS DIE FLUGZEUGE

GRIPEN E



GRÜNDE UND ATTACKEN ...

... DER GEGNER

Die bekannten, armeefeindlichen Gruppierungen – «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee/GSoA», Teile der Sozialdemokraten, Grünen und Grünliberalen – wollen keine Armee und deshalb auch keine neuen Kampffjets. Also haben sie das Referendum gegen den Gripenfonds ergriffen, um damit die Beschaffung zu verhindern.

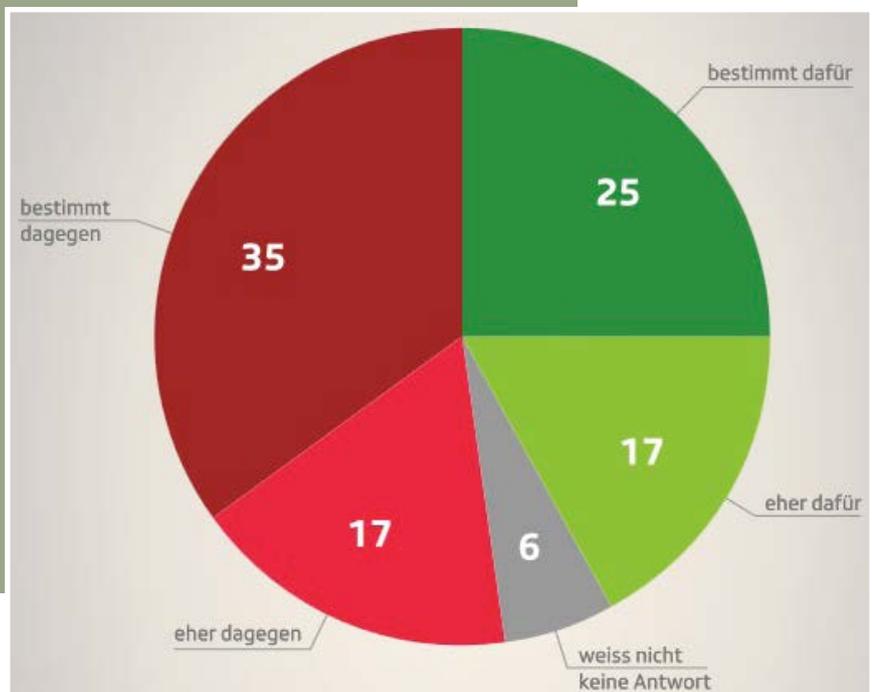
- Der Papierflieger: Die Armeegegner behaupten, der Gripen existiere «nur auf dem Papier». In Wirklichkeit ist der neue Kampffjet „Gripen E“ schon sehr weit entwickelt und die Schweizer Flugwaffe hat bei der gesamten Projektarbeit direkten Einblick in die Fortschritte. Es entsteht ein äusserst vielseitiger Kampffjet, der zu wechselnden Rollen, wie Aufklärung, Jagd, Erdkampfunterstützung einsetzbar ist, wie durch das Pflichtenheft verlangt. Übrigens wurde schon bei der «F/A18» eine andere Version getestet wurde als diejenige, die später als erfolgreich weiterentwickelte Version an die Schweiz ablieferte.
- Unwissen und politisch motivierte Vereinfachung, um eine plakative Wirkung zu erzeugen, zeichnet die Argumentation der Gegner aus (übrigens auch dieA der Befürworter...): «Das Flugzeug hat nur einen Motor...» – Auch die Mirage verfügte nur über einen, ebenso wie die F16, das erfolgreichste Kampfflugzeug, das je gebaut wurde.
- «Nur Einsitzer...» Ausser für Schulungszwecke benötigen moderne Kampfflugzeuge keine Doppelbesetzung im Cockpit. „der zweite Mann“ ist die Elektronik, der ineinander verlinkte Verband mehrerer Kampfflugzeuge bzw. die Bodenkontrolle.
- «Krippen statt Gripen...» zielt als Propaganda vor allem auf die Gemütslage der Stimmbürgerinnen ab. Es soll suggeriert werden, nehme dem sozialen Engagement gegenüber Kindern Mittel weg. Es gäbe bei einer Beschaffung weniger Investitionen in Krippenplätze, die Schulinfrastrukturen etc. – Falsch, denn die beiden Themenkreise haben nichts miteinander zu tun, denn der Fonds für die Flugzeugbeschaffung würde künftig aus dem jährlichen – erhöhten – Armee-Budget gespiesen und hätte keine weiteren Kürzungen bei anderen Departements zur Folge.
- «Das Flugzeug kostet in Wirklichkeit nicht die offiziellen 3,126 Milliarden Franken, sondern zehn Milliarden...» – Rechnet man zu den Beschaffungskosten die Betriebs und Unterhaltskosten während dreissig Jahren dazu, wird die Summe ungefähr dem entsprechen, nur sind diese Zusatzkosten im jeweils laufenden Armeebudget finanziert – zudem fallen die Kosten der ausgemusterten Tigerflotte weg.
- Einige Wirrköpfe – darunter selbst Militärbefürworter – sähen die Schweiz lieber in europäische oder gar Nato-Bündnisse eingebunden, was die Aufgabe grosser Bereiche der eigenen Armee nach sich ziehen könnte. Solche Ideen, die mit der Aufgabe der nationalen Souveränität und Unterstellung der Schweizer Armee unter fremde Streitkräfte liebäugeln, missachten den Volkswillen und sind nicht verfassungskonform.



... DER BEFÜRWORDER

Die bürgerlichen Parteien, der Bundesrat und die Armee kämpfen für den Gripen, denn sie wissen, dass mit der Beschaffung auch die Glaubwürdigkeit der Armee auf dem Spiel steht. Dass diese die Debatte oftmals ebenso unglücklich und ungeschickt geführt wurde, wie die der Gegner, ist angesichts der Bedeutung des Entscheids zu bedauern. Die Argumente für den Kauf des neuen Flugzeugs sind

- Zu einer modernen Armee gehört unabdinglich eine vielseitige einsetzbare Luftwaffe, sowohl für Friedens- wie auch für Kriegszeiten. Es ist einerseits deutlich, dass die verbliebenen F/A18 für den Luftraumschutz nicht genügen und auch ihre Ausmusterung in einigen Jahren ist absehbar.
- Industrielle Gegengeschäfte schaffen Arbeitsplätze
- Die Beschaffung des Gripen bringt der Schweizer Wirtschaft grossen Nutzen und schafft Arbeitsplätze. Zwischen der Schweiz und Schweden wurden «industrielle Gegengeschäfte» im Wert von 2,5 Milliarden Franken vereinbart. Über 518 Verträge wurden Firmen in der Schweiz bereits abgeschlossen, darunter auch der Deal über eine halbe Milliarde Franken zwischen Saab und den Pilatuswerken. Die industriellen Gegengeschäfte infolge der «Gripen»Beschaffung dürften in der Schweiz rund 10 000 zusätzliche Mannjahre Beschäftigung schaffen, ganz abgesehen von den entsprechenden zusätzlichen Steuereinnahmen.
- Brasilien hat sich für den «Saab Gripen E» entschieden und wird 36 Einheiten beschaffen. Auch hier dank guter Testergebnisse und wegen des günstigen Kosten/Nutzen-Relation.
- Die Luftwaffe Schwedens hat sich zu einem starken Ausbau der eigenen Gripenflotte entschieden, auch wegen der erneuten Bedrohung durch Russland.
- Die Fähigkeit eines Landes, sich selbst verteidigen zu können, ist in einer Weltlage wie der heutigen, in der die internationalen Spannungen täglich zunehmen, besonders wichtig. Noch vor kurzem dachte man, der lange Frieden in Europa sei in Stein gemeisselt. Die Ereignisse der letzten Monate haben uns eines Besseren belehrt. So spitzt sich die Krise in der Ukraine, einem europäischen Land, praktisch vor unserer Haustür, zurzeit in beunruhigendem Tempo zu.
- Um den Verfassungsauftrag zu erfüllen, braucht die Schweiz eine moderne, technisch angepasste und schlagkräftige Armee.



SICHERHEITSBEWUSSTSEIN

Es ist zu hoffen, dass die Gesamtsituation auch in der Schweiz zu einem Umdenken führt, dass die wegdiskutierte Bedrohung eben doch existiert, real und nicht nur im Cyberwar. Die Leistungen für die Sicherheit von Land und Bevölkerung muss erbracht werden, sie ist wie eine Versicherung. Zu hoffen ist, dass die emotional geführte Debatte nicht vom eigentlichen Anliegen der langfristigen Sicherheitspolitik ablenkt, dass ungeschickt geführte Diskussionen uns nicht in ein sicherheitspolitisches Vakuum führen, das uns eines Tages dazu zwingt, sich an starke Partner – zu deren Bedingungen – anlehnen zu müssen, weil wir selbst nicht stark und selbstbewusst genug sind.

Gripen-Cockpit ▶



WIE GUT STEHEN DIE CHANCEN FÜR DEN GRIPEN?

Wäre Anfang April abgestimmt worden, wäre die Beschaffung der Gripen-Kampfflugzeuge vermutlich von einer Mehrheit von mehr als 5 Prozent der Stimmenden abgelehnt worden. Nur rund 40 Prozent hätten für Fonds-Gesetz gestimmt. Die Grenzen zwischen den Meinungen sind nicht deutlich. Sie trennt nicht nur Linke und Rechte, sondern auch Männer und Frauen, Alte und Junge sowie die Sprachregionen.

Die Diskussion hat schon früh und unglücklich begonnen, schon bei der Typenwahl. Ein Mangel an Transparenz und die fehlende Aufklärung, warum die Tests mit der Vorgängerversion des Gripen E nicht in allen

Belangen überzeugt haben, haben viel Verwirrung gestiftet. Dann ging es weiter mit den Zweifeln im Parlament, welche der Bundesrat Ueli Mauerer nur mit Mühe ausräumen konnte. Immer wieder hat er sich herausgewunden, Wissenslücken offenbart und die Leute mit seiner raubeinigen Art verärgert. Auch seitens Saab sind viele psychologische Fehler gemacht worden, mal Propaganda, mal wieder Stillschweigen und Zögern bei Beantworten der drängendsten Fragen, auch den Medien gegenüber, bis zum Verdacht der Beeinflussung im Falle des Schwedischen Botschafters. – Entsprechend polarisiert die Kampfflugzeug-Beschaffung zwischen links und rechts, wobei die politische Mitte hin- und hergerissen ist.



Das Schweizer Test-Team das den Gripen F Demonstrator im Mai 2012 in Schweden getestet hat. Von links nach rechts: Marzio Martinetti, Test Engineer VBS/Armasuisse. Håkan Wallin, Test Pilot at Saab. LtCol Fabio Antognini, Test Pilot Swiss Air Force. Bernhard Berset, Chief Test Pilot VBS/Armasuisse. Richard Ljungberg, Chief Test Pilot at Saab. Gérald Levrat, OT&E Test Director Swiss Air Force and Henrik Paju, Chief Test Engineer at Saab.

GUTER WILLE

Unterstellen wir, dass die Vorlage der Befürworter, des Bundesrates, der Mehrheit des Parlaments und der Armee ein gut gemeintes und echtes Anliegen für unser Land sind, so haben sie es nicht fertig gebracht, die Jungen und insbesondere die Frauen aber auch die Romandie und ganz besonders den Tessin zu überzeugen. Eine schwache Kommunikationsstrategie und –leistung. Komplette Transparenz und eine offene und sachlich geführte Debatte mit allen Gruppierungen der Bevölkerung hätte der Sache mehr gebracht, als Hahnenkämpfe in der Arena, oder Medienschele in der Rundschau.

Hoffen wir, dass die Vernunft siegt, denn es geht nicht um «Krippen statt Gripen» sondern um eine «Versicherungsprämie», die wir uns leisten sollten für künftigen Wohlstand und Sicherheit inklusive «Krippen» mit einer glaubwürdigen Armee und mit dem «Gripen». ◀



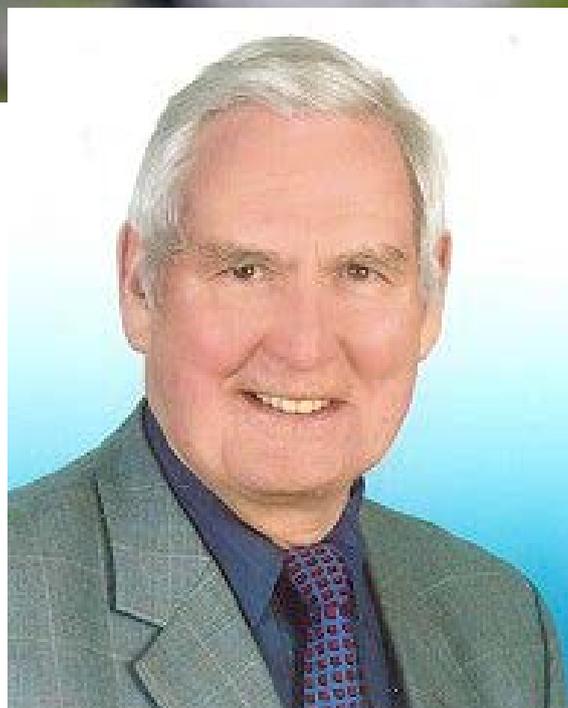
Gripen-Simulator

EU- RUNDUSCHLAG GEGEN WAFFENRECHT!



VON WILLY PFUND, ALT-NATIONALRAT, PRÄSIDENT proTELL

80 Millionen Schusswaffen gibt es offiziell in der EU, der Verbleib von einer halben Million ist ungeklärt. Brüssel will jetzt die Gesetze verschärfen und Waffen sogar mit biometrischen Sensoren ausstatten. In einer Pressemitteilung vom 21.10.2013 titelte die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström: «Es ist Zeit für schärfere EU-Massnahmen gegen Waffengewalt».



Wily Pfund,
Alt-Nationalrat, Präsident proTELL

Ihre Begründung: «In den letzten Jahren haben sich immer wieder tragische Anschläge mit Schusswaffen in Europa, vor allem in Norwegen, Belgien, Finnland, Frankreich und Italien ereignet. Kein Land bleibt davon verschont. Der Verbleib einer halben Million Schusswaffen, die in der EU als verloren oder gestohlen gemeldet wurden, bleibt ungeklärt. Wir müssen uns anstrengen, um sicherzustellen, dass Handfeuerwaffen, Gewehre und Sturmwaffen nicht in die Hände von Kriminellen gelangen».

Im 27-seitigen «Bericht an den Rat und das Europäische Parlament» schlägt die EU-Kommission rechtliche Massnahmen vor:

- zur Bekämpfung von Bedrohungen durch illegale Verwendung von Schusswaffen
- zur Verhinderung, dass Schusswaffen in die Hände von Kriminellen gelangen
- zur Behebung von Schwachstellen über den gesamten Lebenszyklus von Waffen (Herstellung, Verkauf, Besitz, Handel, Lagerung und Deaktivierung), unter gleichzeitiger Wahrung von traditionellen, rechtmässigen Verwendungszwecken, wie Sportschiessen und Jagd.
- Mit strengeren EU-Vorschriften zur Deaktivierung von Schusswaffen sollen Schusswaffen nach ihrer Ausserbetriebnahme unbrauchbar bleiben.
- Mit Kennzeichnung durch Seriennummern bei der Herstellung sollen Schusswaffen zurückverfolgt werden können.
- Mit strafrechtlichen Mindestvorschriften in allen Mitgliedstaaten sollen Abschreckung bewirkt, legale Schlupflöcher für Händler geschlossen, strafrechtlich zu verfolgende Schusswaffendelikte bezeichnet (unerlaubte Herstellung, illegaler Handel, Manipulation von Kennzeichnungen, illegaler Schusswaffenbesitz, beabsichtigte Bereitstellung von Schusswaffen) und allgemein gültige Mindest-Strafmasse festgelegt werden.
- Mit Verschärfung der EU-Binnenmarkt-Richtlinie soll der Besitz von Waffen in den Mitgliedstaaten (Zugang zu besonders gefährlichen Waffen für zivile Zwecke) eingeschränkt werden.
- Die Kontrollen betreffend Verkauf und illegale Herstellung von Schusswaffen sollen ordnungsgemäss durchgesetzt werden.
- Die Verfahren für Zulassung von Waffen sollen geprüft werden.
- Die EU-Kommission will neue technologische Herausforderungen, wie Online-Vertrieb von Waffen oder 3D-Druck von Waffenteilen prüfen sowie das Risiko illegaler Lieferung von Schusswaffen durch Postdienste reduzieren. Sie will überdies prüfen, wie durch technische Hilfe (Verstärkung der Waffenausfuhr-Kontrollsysteme, Schliessung von Schmuggelrouten und bessere Verwaltung der Lagerbestände von militärischen Waffen) das Risiko der Umlenkung von Waffen aus Drittländern eingedämmt werden kann.



Die Vorschläge basieren auf Ansichten von Strafverfolgungsbehörden, Waffengewaltopfern, Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), rechtmässigen Herstellern, Händlern und Besitzern von Waffen, Ergebnissen einer Eurobarometer-Umfrage und Antworten auf eine öffentliche Konsultation. Sie werden mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und Interessenträgern erörtert, damit die Optionen, einschliesslich legislativer Massnahmen bewertet werden können.



◀ Instruktionen

WAS HEISST DAS NUN FÜR DAS SCHWEIZER WAFFENRECHT?

Die Ankündigungen der EU sind ein gefährliches Wischi-Waschi von Sollte, Könnte, Prüfen, Kontrollieren etc., mit schlangenfängerischen Versprechen zur Bewahrung von Rechten für Sportschiessen und Jagd.

Die Entwicklung des Schweizerischen Waffenrechts ist, abgesehen von eigenen Veränderungen, durch das vom Schweizervolk am 5.6.2005 genehmigte Schengen-Abkommen von der «EU-Waffenrichtlinie 91/477/EWG» abhängig. Gemäss Art. 2 Ziff. 3 und Art. 7 des Umsetzungs-Abkommens sind neue Rechtsakte und Massnahmen schlussendlich auch von unserem Land anzuwenden, das heisst:



Verschärfungen der EU-Waffenrichtlinie betreffen, wenn die EU darauf besteht, auch nach Ausschöpfung all unserer demokratischen Möglichkeiten, auch uns substantiell!

Fazit: Wir müssen uns gegen die vorgesehenen Verschärfungen rechtzeitig wehren, denn wir haben jahrhundertlang unsere Waffen verantwortungsbewusst getragen, aufbewahrt und damit unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und unsere Sicherheit bewahrt. Wir tun dies auch weiterhin. Wir brauchen dazu keine EU-Vorschriften!



HEARTBLEED

DIE BEZEICHNUNG FÜR EINE SCHWERE SICHERHEITSLÜCKE

Dieses «Herzbluten» hat uns erschreckt. Im Internet fühlen wir uns eigentlich wohl, weil es so weitläufig und scheinbar anonym ist, weil es uns die Welt öffnet und wir mit jedem und jeder Kontakt aufnehmen können. Sicher macht uns dabei die vermeintliche Distanz, unsere eigene Bequemlichkeit und was uns die Netzbetreiber zusichern: alles ist abgesichert! Vertrauen Sie uns! So zählen wir auf die Provider, die vielen spezialisierten Unternehmen, auf die Sicherheit unserer Passwörter und die, die uns der Staat bietet aber auch auf unsere Systemadministratoren. Blind vertrauten wir – und jetzt ist alles anders.

> von Mark Sternberg

Ein einfacher Mann hat uns den Spiegel vorgehalten und uns die Realität des verletzlichen weltweiten Netzes vor Augen geführt. Edward Snowden ist inzwischen rund um den Globus bekannt und ebenso die Organisation deren Methoden er uns vor Augen geführt hat. NSA. Diese drei Buchstaben stehen für Abhören, Lügen, Macht, grenzenlos, skrupellos, schamlos und heimlich. Und doch haben wir es nicht so recht geglaubt, im Alltag weitergemacht, wie immer sorglos. Es betrifft ja nur die anderen ...

Doch seit diesem April 2014 ist alles dramatischer geworden, denn der bisher katastrophalste Internet-Fehler wurde entdeckt: «Heartbleed», ein «Bug» in einer weitverbreiteten Verschlüsselungsmethode, eine direkte Einladung zum Serverhacken. Jetzt ist das Vertrauen ins Internet definitiv zerstört.

Ein einziger Programmierer hat ein paar fehlerhafte Zeilen Open-Source-Code im OpenSSL geschrieben, ein zweiter hat ihn übersehen. Der «Heartbleed»-Fehler fand seinen Weg in der Silvesternacht 2012 ins System, zwei Menschen waren beteiligt, der Autor und der Begutachter, der den Code eine Stunde nach Mitternacht absegnete. Seit dann wurde das Programm weltweit während zwei Jahren verwendet und das von praktisch allen Internetnutzern, auch von jedem von uns via Google, Yahoo, Facebook, Amazon etc., denn das Programm ist gratis.

AUCH DIE NSA NUTZTE DIE CHANCE

Zu guter Letzt erfahren wir in den letzten Tagen von Micheal Riley, einem Journalisten der Bloomberg-Plattform, dass nicht nur «harmlose» Hacker die Sicherheitslücke benutzt haben, vielmehr habe auch die NSA seit zwei Jahren «Heartbleed» ausgenutzt. Das Dementi der Organisation, die bisher immer gelogen hat, macht die Sache nicht besser. Es liesse sich ohnehin nicht herausfinden, welche Da-

ten durch die NSA ausgelesen wurden, so ein Zugriff hinterlässt kaum Spuren. Doch erst mit «Heartbleed» beginnen wir zu begreifen, in welchem Ausmass die US-Geheimdienste in unser Privatleben und in das von Organisationen, Firmen und Staaten eingreifen. Jetzt wissen wir es: das Internet ist wirklich öffentlich, ebenso wie unsere Telefonanrufe, SMS, die E-Banking-Einkäufe und das Surfen im Netz. Wie lange das schon dauert, ist eigentlich egal, ob es von Gangstern oder Spionen ausgenutzt wird ebenso. – Leben wir also mit dem «Worst Case» und machen wir uns keine Illusionen mehr, denn jeder mit guten Computerkenntnissen, vom Staat gar nicht zu reden, kann unsere Kommunikation mithören und lesen.

Und wer ganze Länder vollständig ausforscht, wer Millionen unverdächtiger Bürger ohne jeden konkreten Grund heimlich ausspäht, mit einem «Schleppnetz» auf Suche nach Vielleichtterroristen – der schreckt vor nichts zurück. Und zur NSA wissen wir noch lange nicht alles. Glenn Greenwald, ein Vertrauter von Snowden, sagte Mitte April 2014, dass noch Schockierendes enthüllt werde. Was wird noch kommen? Man kann gespannt sein. Vielleicht lesen wir morgen unsere geheimsten Gespräche und Mitteilungen selbst im Internet, veröffentlicht durch die NSA. ◀





Marcel Ruf, Direktor der
Strafanstalt Lenzburg



Strafanstalt Lenzburg

SCHWERE JUNGS & HARTE HAND

STRAFVOLLZUG

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Lenzburg besteht aus der Strafanstalt sowie dem Zentralgefängnis, welche rund 300 Meter voneinander entfernt sind. Die 320 Gefangenen werden von 180 Mitarbeitenden überwacht, betreut und begleitet.

> von Anton Wagner

Lenzburg ist eine moderne Anstalt. Laufende Erneuerungen sind jedoch notwendig, um die Infrastruktur an die technischen Anforderungen unserer Zeit anzupassen. Die biometrische Kontrolle von Personen ist seit über zehn Jahren in Betrieb und seit 2006 eine Handy-Störanlage. Mit der Altersabteilung 60plus im Zentralgefängnis sowie den professionell betriebenen Hochsicherheitsabteilungen (SITRAK I und II) und der Massnahmenabteilung 59 (ab 2016) wird der hohe Standard aufrechterhalten.

Direktor der Strafanstalt ist Marcel Ruf, Verwalter Bernhard Taeschler, Chef Sicherheitsdienst Andreas Moser, Leiter Vollzug Peter Grünig, Leiter Zentralgefängnis Bruno Graber. protect-it im Gespräch mit dem Anstaltsdirektor.



protect-it: Wie lange stehen Sie schon an der Spitze dieser Organisation?

Seit dem 1. Januar 2005.

Wie sind Sie denn an die Spitze gekommen?

Ich habe im Jahr 2000 als Sicherheitsverantwortlicher angefangen und wurde dann Ende der Periode meines Vorgängers, der in Pension gegangen ist, nach einer Bewerbung gewählt. Dazu brauchte es zwei Vorstellungsrunden; wir blieben dann zu dritt übrig, die ein Assessment in Zürich absolvieren mussten. Gewählt wurde ich schliesslich durch den Gesamtergängerungsrat.

Was sind die Kriterien die zu ihrer Wahl geführt haben?

Sicher war es ein Vorteil, dass man mich gekannt hat, also dass ich bereits vier Jahre im Betrieb als Sicherheitsverantwortlicher gearbeitet habe. Wesentlich für einen Anstaltsleiter ist jedoch das Kriterium Krisenresistenz, dass man bei einem Vorfall nicht gleich

die Nerven verliert. Dazu gehören auch Führungserfahrung und ein gesunder Menschenverstand.

Wo haben Sie sich die entscheidende Führungserfahrung geholt?

Zu einem grossen Teil in der Privatwirtschaft und einen Teil im Militär.

Was ist denn Ihr beruflicher Background?

Ich kam vom Maschinentechniker durch Weiterbildung zum Techniker und habe auch etliche Jahre in der Geschäftsleitung eines Ingenieurbüros gearbeitet.

Gibt es aus Ihrer Sicht ein spezielles Profil, das einen für diese Aufgabe des Anstaltsleiters prädestiniert?

Ich glaube, es kommt ebenso auf die Zusammensetzung des gesamten Leitungsteams an. In der Leitung sitzen neben mir zum Beispiel ein Jurist, jemand, der sich als Ökonom im Finanzbereich gut auskennt und der Sicherheitsverantwortliche ist Ingenieur.

Das Gefängnis ist ein recht grosser Betrieb

Ja, das ist so. Wir führen den Betrieb wie ein mittleres KMU. Wie haben 17 Gewerbebetriebe mit insgesamt 5 Millionen Franken Umsatz. Rund 200 Mitarbeiter betreuen und bewachen 320 Gefangene. Sie sehen, hier kommt einem die privatwirtschaftliche Erfahrung entgegen.

Das betrifft die Verwaltung und Organisation. Dazu kommt sicher auch die menschliche Komponente. Welche Bedeutung kommt der Resozialisierung zu?

Natürlich spielt das auch bei uns eine, wenn auch eher untergeordnete Rolle. Oft haben wir Insassen, die noch in keiner Weise sozialisiert sind, solche, die kein Elternhaus gehabt und keine Schule besucht haben. Aber im geschlossenen Vollzug hat das Produkt der unmittelbaren Sicherheit Vorrang.

Wie viele Chancen bestehen überhaupt, jemanden auf den «richtigen» Weg zurückzuführen?

Die eigentliche Erfolgsquote kennen wir nicht, ob jemand Rückfällig geworden ist kann nicht überprüft werden. Rund 35 % der Insassen sind Schweizer und für lange Zeit bei uns eingesperrt, meist bis an ihr Lebensende. Einige wenige Schweizer Delinquenten wechseln später in den offenen Vollzug. Entlassungsvorbereitungen und Integration laufen dann dort ab. Von den rund 65 % Ausländern, die bei uns einsitzen, werden rund 90 % ausgeschafft.

Sie haben also die Aufgabe die Menschen einzusperren?

Ja das ist so, unser Auftrag ist die Bevölkerung vor diesen Menschen zu schützen und die Vollzugsmassnahmen durchzuführen. Die Kernaufgabe ist der Freiheitsentzug. Dazu kommen natürlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen, denn die Gefangenen müssen zum Beispiel arbeiten, wir hingegen müssen entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Wir müssen einen gesetzeskonformen Vollzug garantieren und nicht einen möglichst angenehmen bzw. unangenehmen.

Wie sieht der normale Tagesablauf der Delinquenten aus?

Um 07:15 Uhr muss man bereit sein zur Arbeit, die Zelle muss aufgeräumt sein. Sonst muss man die Zeit bis zum nächsten Tag in der Zelle verbringen, was keiner gerne will. Es wird schnell eng und langweilig, in einer Zelle 24 Stunden zu verbringen auf 7.8 m² Fläche inklusive Toilette. Wir haben noch die gleiche Zellengrösse wie 1864 mit 3 m² Freilauffläche. Zudem ist während der Arbeitszeit das Fernsehprogramm ausgeschaltet, es gibt auch kein Internet oder andere Zerstreuung. So haben wir eigentlich nie das Problem, dass jemand nicht arbeiten will. Wer nicht arbeitet, hat natürlich auch kein Geld, immerhin verdient man mit der Arbeit auch einen kleinen Lohn. Das macht etwa 200 Franken pro Monat zur freien

Verfügung. Mit diesem Geld müssen sich die Gefangenen z. B. Zahnpasta, Zahnbürsten, Shampoo Mineralwasser oder Zigaretten kaufen. Für einen Raucher wird es da schon eng.

Und wer nicht gut arbeitet?

Wer es unsorgfältig arbeitet oder die Arbeit verweigert, muss für 30 Tage auf der Zelle verbleiben.

Wie steht es mit der Freizeit?

In unserem gesetzlichen Auftrag steht, dass wir auch eine sinnvolle Freizeitgestaltung anzubieten haben. So gibt z. B. ein Grundangebot im Sport. Ziel ist es, dass jeder Häftling min. einmal in der Woche Sport treibt; dazu gehört zum Beispiel Fussball. Dabei gibt es keine besonderen Privilegien, denn wir teilen die Leute zum Sport ein, damit alle etwa gleich zum Zuge kommen.

Wie nehmen Sie den Alltag in der Anstalt wahr?

An vieles habe ich mich im Laufe der Jahre gewöhnt. Ich selbst brauche viel Zeit für die Administration, die Öffentlichkeitsarbeit, für interne und externe Sitzungen. Jeden Tag führe ich daneben die unterschiedlichsten Gespräche. Am Mittwoch ist zum Beispiel «Audienztag», da habe ich ein offenes Ohr für die Gefangenen, sie haben die Möglichkeit, mir ihre Anliegen persönlich vorzutragen. Aber auch sonst ist meine Arbeit eine des dauernden Gesprächs, denn die offene Architektur des Gebäudes sorgt dafür, dass man dauernd aufeinander trifft und sich austauscht. Im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Betrieben bewege ich mich hier immer unter Mitarbeitenden und Gefangenen, sehe Angenehmes wie auch Unangenehmes. Die unterschiedlichen Stimmungen unter den Menschen nehme ich täglich wahr, es gibt eigentlich kein ruhiges Rückzugsgebiet. Das ist nicht immer einfach und kann auch einen gewissen Druck erzeugen.

Wie belegt ist die Anstalt zurzeit?

Die Strafanstalt hier ist voll, unser zweites Gefängnis, das Zentralgefängnis für die Untersuchungshaft, das etwa 300 m entfernt liegt, ist leider deutlich überbelegt, d. h. in Zweierzellen müssen zurzeit vier Häftlinge zusammenwohnen. Das hat mit den aktuellen Umbauarbeiten zu tun. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen 60 weitere Plätze gebaut werden.

Ist es immer so voll?

Nein, die Belegung folgt oft einer Art Wellenbewegung. 2004 zum Beispiel waren die Gefängnisse unterbelegt. Aber 2010 hätte sich niemand vorstellen können, was die Verzweiflungstat eines tunesischen Obsthändlers auslösen könnte. Nach dem arabischen Frühling erleben wir einen enormen Zustrom von Flüchtlingen, von denen ein Teil auch Kriminalität mit sich bringt.

Wie hoch ist der Ausländeranteil in ihrer Anstalt?

Es sind etwa 65 %; der Anteil der Nordafrikaner ist in den letzten Jahren besonders stark gestiegen.

Haben Sie selbst ein pessimistisches Ausländerbild, wir erleben ja die Zuwanderung auch als Zunahme der Kriminalität?

Nein gar nicht, es ist ja nur ein ganz kleiner Bruchteil wirklich kriminell. Der hohe Ausländeranteil findet sich vor allem im geschlossenen Vollzug. Im offenen Vollzug ist es gerade umgekehrt. Dort sind etwa 70 % Schweizer. Das liegt an der möglichen Fluchtgefahr.

Ja wer sind denn diese Ausländer, die einsitzen?

Hier haben wir vom einfachen Kleiderdieb bis zum mehrfachen Mörder alle Kategorien. Nur die Kleiderdiebe hier sind alles Ausländer, meist Kriminaltouristen.

Kennen Sie Ihre Insassen persönlich?

Nur diejenigen im Langzeit-Vollzug, da kenne ich alle, die andern in der Untersuchungshaft aber praktisch nicht.



Die Aufrechterhaltung der Sicherheit ist denn auch das oberste Gebot in der JVA, dem sich alles andere unterordnen muss – auch die Soziale Arbeit.



Ein Fünf-Sterne-Hotel gibt es in Lenzburg nicht. Solche Sprüche sind wegen der Bauform zwar beliebt, aber völlig fehl am Platz.

Hohe Gebäudetrakte mit Treppen und Laufstegen aus Metallgitter, links und rechts lange Reihen von Zellentüren, dicht an dicht.





Ist es für Sie schwierig, mit Mördern oder anderen Schwerverbrechern umzugehen, ihnen gegenüber zu sitzen, mit ihnen zu reden?

Es ist nicht immer einfach, den Straftatbestand auszublenzen. Es gehört aber zu unseren Aufgaben, alle gleich zu behandeln, denn die Strafe ist ja der Freiheitsentzug selbst. Das wird in der Gesellschaft manchmal falsch verstanden. Wir haben nicht die Aufgabe, die Gefangenen zusätzlich zu bestrafen.

Gibt es also keine Gefangenen in Einzelhaft?

Doch, die gibt es – aber nicht zur Bestrafung. Hier handelt es sich meist um psychisch Kranke, die gefährlich sind, für sich selbst und andere. Die können auch nicht mit anderen zusammenarbeiten. Bei Stress könnten sie völlig unkontrolliert reagieren. Wir haben oft Gefangene, die in einer psychiatrischen Klinik abgelehnt werden, da sie dort zu gefährlich wären.

Ist denn für Sie ein Dreifach-Mörder nicht psychisch krank?

Das ist eine komplexe Frage. Mord hat zu viele Hintergründe und jeder Fall liegt anders. Es kann bei einer Schiesserei passieren oder mit böser Absicht kalt geplant oder im Affekt geschehen sein. Ich sehe nicht in die Menschen hinein. Bei einem Serienmörder kann ich es mir eher vorstellen, dass eine psychische Erkrankung vorliegt. Aber sehen Sie, im Alltag ist es auch nicht meine Aufgabe dies zu beurteilen.

Es beschäftigt Sie aber trotzdem?

Natürlich. Ich würde auch nicht die Hand ins Feuer legen, dass wir alle vor kriminellen Straftaten gefeit sind. Zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort, kann jeder den Kopf verlieren, falsch handeln und sich strafbar machen. Und es passiert in allen Varianten, Mord, Totschlag, Fahren im betrunkenen Zustand oder unterlassene Hilfeleistung, wer weiss es schon?

Wie nehmen Sie das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wahr?

Ich bemerke, dass allgemein das Sicherheitsempfinden nur ungenau bzw. subjektiv wahrgenommen wird. Nehmen Sie die Verkehrsunfälle, es hatte letztes Jahr so wenig Verkehrstote wie etwa um das Jahr 1947 und da gab es einen wesentlich weniger dichten Verkehr. Ebenso verhält es sich mit den Einbrüchen. Wir verzeichnen 2012-2013 deutlich weniger Einbrüche als in den 80er- und 90er-Jahren. Diskutiert man dies in der Öffentlichkeit, ist die Wahrnehmung in der Bevölkerung eine völlig andere.

Wie sehen Sie ihren Job, sind Sie einfach ein exekutives Organ, ein Strafanstaltsleiter, Chef eines KMU oder beinhaltet Ihr Beruf auch eine Mission?

Es ist irgendwie eine Mischung aus allem. Auf der einen Seite ist es ein Betrieb aber eben unter speziellen Rahmenbedingungen und einer hohen Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, der Öffentlichkeit und den Behörden.

Gehören Sie zu den «Law and Order»-Menschen, ein harter Typ?

Man kriegt ein Profil als Strafvollzugsanstaltsleiter, das ist klar! Doch die Wahrnehmung von aussen ist immer von Einzelheiten geprägt. Ich bin einerseits derjenige, der den Gefangenen das Fussballspielen erlaubt und der aber andererseits Menschen einsperrt in einen Raum, der von der Grösse her gemäss Tierschutzgesetz nicht einmal geeignet wäre, einen Hund darin zu halten. Ich und meine Leute halten es nach dem Motto «streng aber freundlich». Und eines ist klar: Wir haben klare Regeln. Wir führen die Insassen: Es wird kein Abfall aus dem Fenster geworfen; wir verlangen, dass die Zellen aufgeräumt und sauber sind. Da halten wir den Daumen drauf, denn Disziplin, Ruhe und Ordnung gehören zur Sicherheit.

Also sehen Sie auch eine Erziehungsfunktion nebst dem reinen Wegsperrern in Ihrer Arbeit?

Ja, das ist schon richtig, wir versuchen, unsere Insassen auch zu konditionieren, zum Besseren zu bewegen.

Noch kurz eine Frage zu einem Thema, das die Schweiz doch einigermassen beschäftigt hat. Es geht um die Strafanstalt Thorberg in Bern und ihren Direktor Georges Caccivio. Wie beurteilen Sie als Kollege die Situation, die sich dort ergeben und schlussendlich zur Ablösung des Direktors geführt hat?

Natürlich ist die zu grosse Nähe zu einem Gefangenen problematisch. Es wurde von Begünstigungen geredet. Ich meine, dass wenn ich in meiner Anstalt einen Gefangenen aufnehmen müsste, dem ich persönlich näher stünde, mit einem der anderen fünf Anstaltskollegen der Schweiz darüber reden und ihn bitten würde, einen Abtausch vorzunehmen. Das geht in der Praxis und löst solche Probleme.

Der dortige Direktor soll aber zudem Kontakte zu einer Prostituierten im Berner Milieu gehabt haben, was er selber zugab.

Wenn dem so wäre, geht das natürlich nicht, dann ist jemand nicht tragbar. Dieses Amt verlangt eine starke Integrität und möglicherweise könnte ein so handelnder Amtsträger aus dem Milieu heraus erpresst werden.

Heisst das aber auch, dass Sie als Anstaltsdirektor gewisse Leute und auch Milieus meiden müssen, dass Sie eine Art Ehrenkodex zu befolgen haben?

Ja, man muss schon etwas mehr aufpassen, Fehler werden einem nicht verziehen. Ich und meine Führungsleute stehen auch in der Öffentlichkeit, das gilt es zu beachten. ◀

SwissTactical®
essential gear 



**Westen, Holster, Gürtel,
Gewehrtaschen, Schuhe,
Selbstverteidigungsgeräte,
biometrische
Waffenschränke
und vieles mehr.
Alles zu Ihrem Schutz**

Spezialanfertigungen, Muster und Farben nach Wunsch

Sicher von Kopf bis Fuss

Swissloxx Technical Products
Riedstrasse 6
CH-8953 Dietikon

Tel. 043 211 03 22
Fax 043 211 03 23
office@swissloxx.com

www.swissloxx.com

US-GEHEIMDIENSTE MÜSSEN SICH NEU ORGANISIEREN

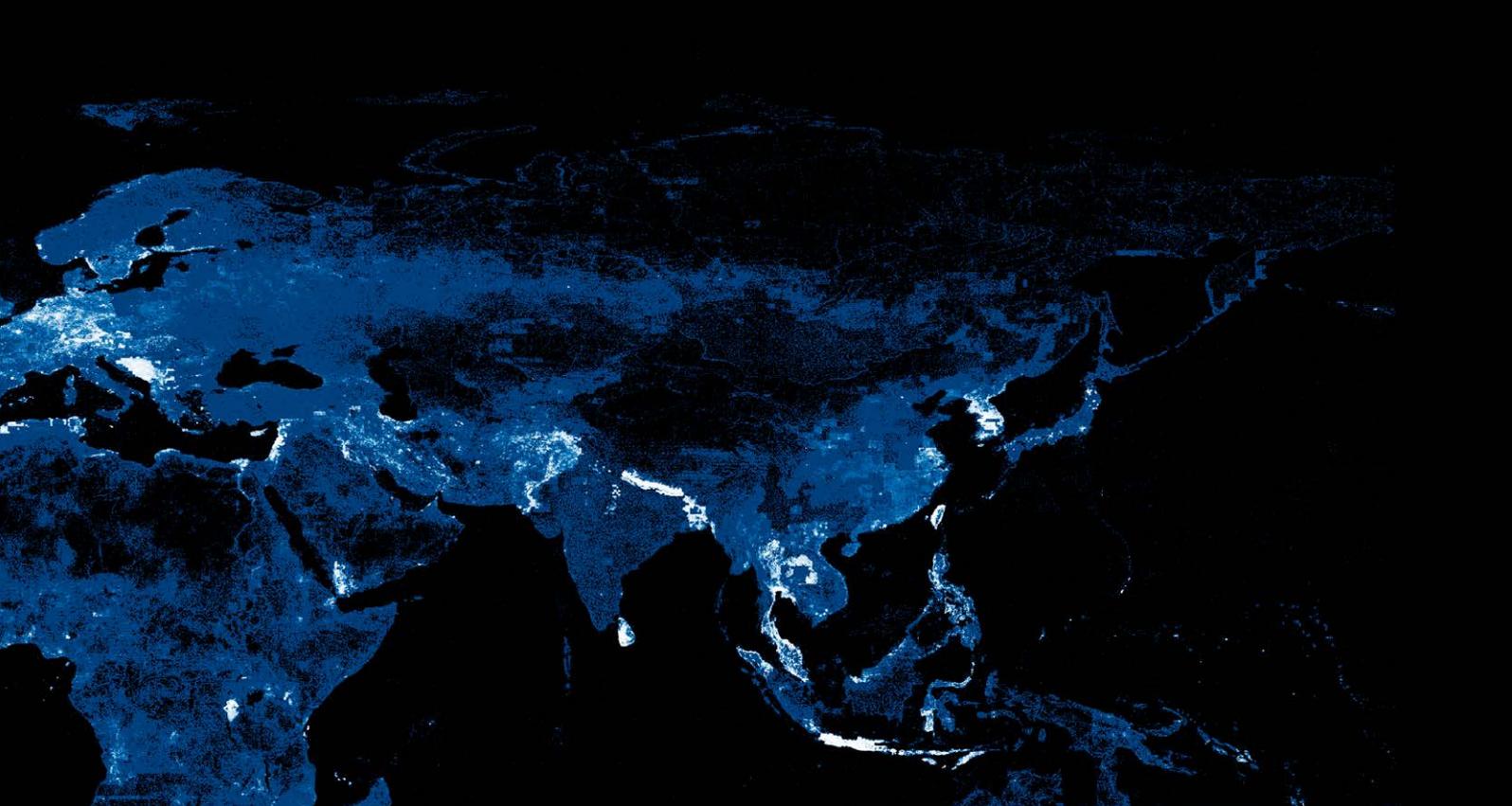
Noch ist unklar, in welchem Umfang der 30-jährige Ex-NSA-Analyst Edward Snowden Unterlagen aus seinem Job entwendet hat. Aber bei der NSA befürchtet man das Schlimmste: bis zu 1,7 Millionen Dokumente könnten es sein. Ein unfassbar grosser Datensatz mit unendlich vielen Details über die Arbeit von Zehntausenden Agenten. Die US-Geheimdienste rechnen mit einem immensen Schaden für den gesamten Militärapparat. Daher soll vieles umgekrempelt werden.

Das Verteidigungsministerium wird teure Veränderungen an seinen Programmen und auch beim Personal vornehmen müssen. In unzähligen Papieren gehe es um Programme des Pentagons, deshalb sind Änderungen in allen Sparten des Militärs nötig.

> von June Carter



◀ GCHQ Snowden Spionageüberwachung



BRISANTE UNTERLAGEN – NICHT NUR ÜBER DIE NSA

Die Dokumente, die er womöglich mitgenommen habe, gingen weit über die Spähprogramme der NSA hinaus, sagte Geheimdienstdirektor James Clapper vor einem Senatsausschuss. «Weniger als zehn Prozent haben mit heimischen Überwachungsprogrammen zu tun.» Unter den Papieren sollen auch geheime Unterlagen sein, mit denen Snowden die Identität von Undercover-Agenten aufdecken könnte. Ausserdem sei Snowden im Besitz über Informationen über das Vorgehen des US-Militärs gegen die verheerenden Auswirkungen selbst gebauter Sprengsätze vor allem in Afghanistan.

Die NSA-Enthüllungen Snowdens verursachen den dem US-Militär nach Einschätzung des Militärs Kosten in Milliardenhöhe. Es wird spekuliert, dass es Milliarden Dollar kosten wird, den dadurch erlittenen Verlust im Sicherheitsbereich wieder wettzumachen. Das sagte Generalstabschef Martin Dempsey im US-Kongress. Die Dokumente in Snowdens Besitz beziehen sich vielfach auf Kapazitäten, Operationen, Taktiken und Abläufe des US-Militärs. Es wird noch etwa zwei Jahre dauern, den genauen Schaden zu untersuchen.



WENIGER GELD FÜR GEHEIMDIENSTE

Doch die unter der NSA-Affäre leidenden US-Geheimdienste erhalten in Zukunft weniger Geld. Der Haushaltsentwurf der Regierung von Präsident Barack Obama für das im Oktober beginnende Fiskaljahr 2015 sieht einen Rückgang der Mittel um fünf Prozent vor. Wie das Büro von Geheimdienstdirektor James Clapper mitteilte, seien für die Aktivitäten der 16 US-Geheimdienstbehörden insgesamt nur noch 45,6 Milliarden Dollar eingeplant. Das Budget betrifft vor allem den Auslandsgeheimdienst CIA und die auf das Abfangen von Kommunikation spezialisierte National Security Agency NSA. Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Dienste hält die Regierung unter Verschluss. – Einen eigenen Etat haben die Militärgeheimdienste, die im Haushalt des Pentagons angesiedelt sind. Wie viel Geld sie im kommenden Jahr bekommen, ist noch nicht festgelegt. 2014 waren es rund 14 Milliarden Dollar.



SNOWDEN-DOKUMENTE

Wie man die Öffentlichkeit infiziert

Letzthin veröffentlichte Dokumente zeigen: Die angelsächsischen Geheimdienste nutzen die sozialen Netzwerke für Propaganda. Jährlich treffen sich hunderte Agenten, um neuste Techniken zur Manipulation der öffentlichen Meinung zu diskutieren.

Das «kubanische Twitter»

Im Herbst 2012 stellt ein kubanisches, soziales Netzwerk, das rund 40'000 Nutzer hatte, den Dienst aus Geldnot ein. Jetzt zeigte sich, dass es von der USAID, der United States Agency for International Development betrieben wurde, mit dem Ziel, Unruhen in Kuba zu provozieren. Die amerikanische Regierung hatte sich dagegen entschieden, das Programm weiter zu führen.

Soziale Medien unterwandern

In den Snowden-Dokumenten finden sich offenbar viele Diskussionen darüber, wie das Internet und insbesondere die sozialen Netzwerke ausgenutzt werden können, um heimlich politische Standpunkte, die westliche Interessen stützen, zu säen oder schädliche Informationen über Feinde zu verbreiten. Dazu zählen unter anderem zuvor veröffentlichte Dokumente über die «Sigdev»-Einsatzgruppen des britischen GCHQ, deren Zielsetzung die Zerstörung von Reputation und die Sabotage der öffentlichen Meinung sei.

Nachdem bereits Dokumente veröffentlicht wurden, die zeigen, wie das GCHQ Sexaffären lanciert und weitere «schmutzige Tricks» nutzt, um einzelnen Zielpersonen zu schaden, folgten nun wieder Dokumente, die zeigen, wie der britische Dienst per «Propaganda» und «Täuschung» die öffentliche Meinung ins Visier nimmt.

Infiltrations-Workshop

Bislang geheime Powerpoint-Folien, die für interne Seminare benutzt und jüngst aus den Snowden-Dokumenten publiziert wurden, zeigen, was der britische Geheimdienst GCHQ alles kann: Installation von Trojanern, Desinformation, Angriffe auf Netzwerke. Vor allem offenbaren sie, wie der Dienst jegliches Gefühl für Verhältnismässigkeit verloren hat - und welche privaten Internetanbieter beim Ausspähen behilflich sind. – Die Präsentation, das wird schnell klar, soll zeigen, was der Geheimdienst alles drauf hat: Angriffe auf Netzwerke etwa, gezielte Desinformation, das Installieren von Trojanersoftware. Das volle Programm eines Nachrichtendienstes eben. Das britische Government Communications Headquarters (GCHQ) kann alles, zumindest präsentiert sich der Geheimdienst so in jenen Powerpoint-Folien, an die der Whistleblower Edward Snowden gelangt ist.

GCHQ und NSA im Digitalwahn

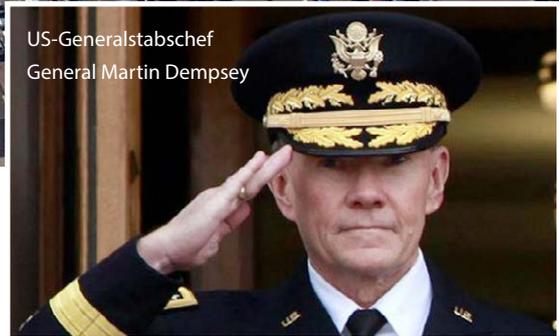
Seite für Seite offenbaren sie das Selbstverständnis eines Dienstes, der jegliches Gefühl für Verhältnismässigkeit verloren hat, dem Digital-Wahn verfallen ist und mit seinem amerikanischen Partner, der National Security Agency (NSA), weltweit Millionen Menschen abhört und ausspäht. Vor allem aber liefert die Präsentation das, was Snowden zu Beginn seiner Enthüllungen die «Kronjuwelen» nannte: die Namen jener Telekomfirmen, die den geheimen Diensten beim Ausspähen helfen oder helfen müssen. In den internen Papieren des GCHQ aus dem Jahr 2009 stehen sie nun aufgelistet: Verizon Business, Codename: Dacron, British Telecommunications («Remedy»), Vodafone Cable («Gerontic»), Global Crossing («Pinnacle»), Level 3 («Little»), Viatel («Vitreous») und Interoute («Streetcar»).



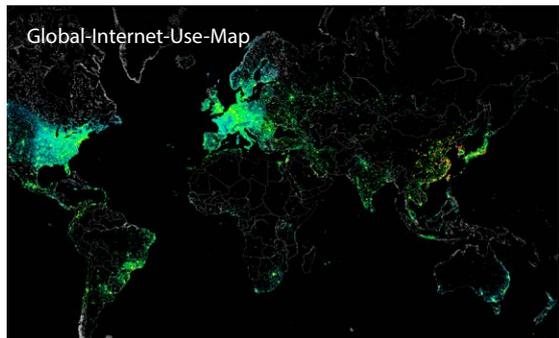
Potenz der klandestinen Helfer

Es ist die Crème de la Crème jener Firmen, die große Teile der weltweiten Internet-Infrastruktur beherrschen. Sie besitzen Unterseekabel, ihnen gehören sogenannte Backbone-Netze – die das Rückgrat des Internets sind – und sie unterhalten riesige Rechenzentren. Mit ihrer (manchmal unfreiwilligen) Hilfe steht den Spähern vom Dienst das gesamte Internet offen. Ein Programm der GCHQ heißt «Mastering the Internet» und das ist kein leerer Slogan: Das Internet beherrschen sie.

Einige Firmen, so legen es die GCHQ-Dokumente nahe, entwickelten eigens eine Software zum Ausspähen und wurden dafür vom GCHQ entlohnt. Sie ließen sich also dafür bezahlen, dass sie ihre eigenen Kunden ausspionierten. Natürlich geben sich alle unschuldig und sie sind verschwiegen. ◀



US-Generalstabschef
General Martin Dempsey



Global-Internet-Use-Map



CIA-Direktor
James Clapper



WIR SIND AM ENDE

SYRIEN IST ZERSTÖRT

Die Kämpfe und Unruhen in Syrien gehen in das vierte Jahr. Der Konflikt hat Berichten zufolge mehr als 140'000 Menschen das Leben gekostet, und es gibt mehr als 2,5 Millionen syrische Flüchtlinge (UNO).

> von Matthias Haas

LEBEN UND STERBEN IN ALEPPO

Trümmer, Tote, zerschossene Häuserwände, jeden Tag wird im syrischen Aleppo gekämpft. Und jeden Tag versuchen die Übriggebliebenen, ihren Alltag zu meistern. Die Menschen hetzen durch die Strassen – aus Angst vor den nächsten Schüssen, die sie treffen könnten oder vor den barbarischen Taten, zu denen sowohl die Rebellen als auch die Truppen des Regimes fähig sein.

«Da unten, da holen wir sie immer raus», sagen die Männer und führen uns durch kniehohes Gras hinunter zum Fluss. Das Wasser ist braun, schlammig, unterhalb einer Brücke haben sie engmaschige Metallsperrn eingelassen. Wenn der Kuwaik, der Fluss, der mitten durch Aleppo hindurchfliesst, Hochwasser führt, schwemmt er an dieser Stelle Leichen an. Oben im Nordwesten, den das Regime kontrolliert, hat man sie ins Wasser geworfen. Dann treiben sie hinunter in die südöstlichen Stadtviertel zu den Rebellen. «Ich hab schon mehr als zehn Tote aus dem Wasser geholt», sagt Amr, «einer von ihnen war mein Cousin. Er hat versucht, rüberzukommen, dabei haben sie ihn erwischt. Was für eine Schande ist das? Hier werden einfach so Menschen ermordet und ins Wasser geworfen. Wir haben diese Sperrn hingemacht, damit sie nicht weitertreiben. Manchmal sind sie nackt, dann bedecken wir sie.»

Es heisst, man gewöhne sich mit der Zeit an den Kriegszustand. In Aleppo bekämpfen sich Aufständische und Regime-Truppen. Aber an das, was sie sich gegenseitig antun, kann man sich nicht gewöhnen. Auch die Rebellen, vor allem der islamistischen Milizen, exekutieren Gefangene, terrorisieren unschuldige Zivilisten, brüsten sich mit barbarischen Taten.

Es gibt etwas, das Rebellen und Regime auf eine perverse Art miteinander verbindet: Die Gewissheit, dass

der Sieg des jeweils anderen unweigerlich den eigenen Tod mit sich brächte. An diesen Punkt ist der Aufstand gekommen. Das macht die Stadt so grausam und so und gefährlich. Manchmal schiessen sie, um zu feiern, manchmal um zu töten – so genau weiss man das nie.

Die Scheich-Ress-Brücke im Zentrum Aleppos: Täglich versuchen hier ein paar Hundert Syrer, vom einen Teil der gespaltenen Stadt in den andern zu kommen – zu ihrem Geschäft, ihren Eltern oder Freunden. Es ist ein gehetzter Menschenauflauf, ein Durcheinander von Zivilisten, Strassenhändlern, Rebellen mit alten russischen Maschinengewehren. Ein junger Mann sagt: «Seit zwei Tagen schlagen hier immer wieder mal Raketen ein.» Der Saftverkäufer, der neben ihm steht und mit Blechnäpfen Kundschaft herbei klappern will, meint: «Wozu Angst haben? Ich hab keine Angst. Nur Gott weiss, wann ich sterben muss.»

Nicht sehr weit entfernt feuern die Rebellen ins Regierungsviertel hinüber. Eine Bettlerin schlurft vorbei und bittet um milde Gaben. Und dann, plötzlich, 200 Meter von diesem Gedränge entfernt: die Antwort der Regierungsarmee. Chaos bricht aus, wie ein Schwarm rennt die Menschenmenge in eine Seitenstrasse hinein. Und zwei Minuten später strömt das Leben ist wieder zurück auf den Platz.

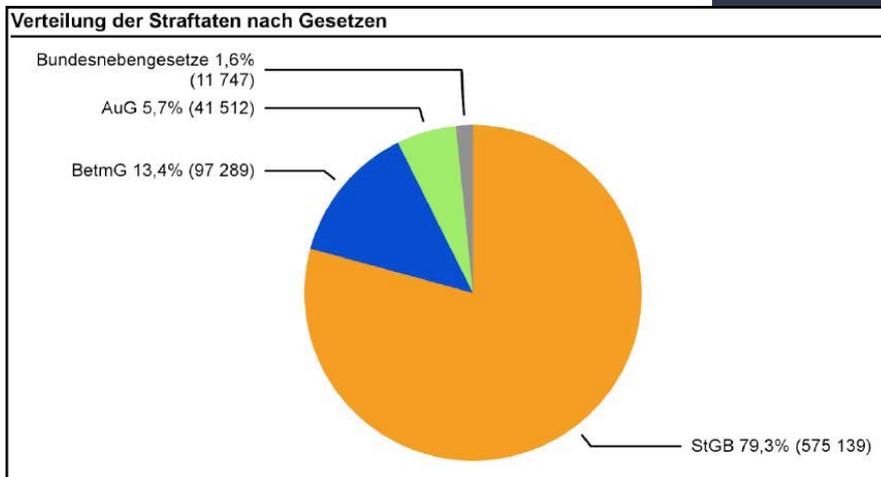
Wie soll man hier leben, ist das ein befreites Gebiet? Nein. Es ist von islamistisch dominierten Rebellen kontrolliertes Gebiet. Frei nur insofern, als dass die Leute auf der Strasse im Unterschied zu früher nun offen aussprechen, was sie empfinden und denken. Unter Präsident Baschar al Assad hätte das niemand gewagt. ◀

WENIGER KRIMINALITÄT

Erstmals seit drei Jahren haben in der Schweiz die Diebstähle abgenommen, um 8 Prozent sind sie zurückgegangen.

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich zusammengefasste polizeiliche Kriminalstatistik zeigt:

- 2013 wurden mit 725'687 Fällen rund 3 Prozent weniger Straftaten begangen als 2012. Das sind aber immer noch rund 10 Prozent mehr als 2010.
- Bei der eindeutigen Mehrheit der Straftaten im letzten Jahr (79 Prozent) wurde gegen das Strafgesetzbuch verstossen, gefolgt von Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz (13 Prozent), das Ausländergesetz (6 Prozent) und weitere Gesetze.
- Bei den Verstössen gegen das Strafgesetzbuch beträgt der Rückgang 6 Prozent. Drei Viertel fallen auf Vermögensdelikte wie Diebstahl, Einbruchdiebstahl und Raub. Ein leichter Anstieg ist bei Betrug und Erpressung zu bemerken.
- In den Kantonen mit grösseren Städten wie Waadt, Genf, Bern, Zürich und Basel-Stadt werden allerdings vermehrt Delikte gegen das Strafgesetz registriert.
- Bei den Gewaltstraftaten nahm im Jahr 2013 im Vorjahresvergleich um 2 Prozent ab, es waren noch 45'584 Fälle. Bei Raub sank die Zahl um 11 Prozent, bei Beteiligung an Angriffen um 20 Prozent und begangene und versuchte Tötungsdelikte belaufen sich total 210 Fälle, ein minimaler Rückgang gegenüber 2013.
- Einen deutlichen Anstieg verzeichnen die Sexualdelikten – speziell bei Pornographie mit einer Zunahme von 68 Prozent und bei sexuellen Handlungen mit Kindern, die um 11 Prozent zugenommen haben.
- 13 Prozent der von der Polizei bearbeiteten Straftaten waren Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz. Hier registrierten die Behörden einen Anstieg um 5 Prozent auf 97'289 Fälle. Bei knapp der Hälfte davon ging es um den Betäubungsmittelkonsum, gefolgt vom Betäubungsmittelbesitz. Am häufigsten wurden Cannabisprodukte konsumiert mit einem Anteil von mehr als zwei Dritteln.
- In 6 Prozent der Deliktfälle wurde gegen das Ausländergesetz verstossen, was auf die zunehmende illegale Einreise und den unrechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz zurückzuführen ist.
- Einer Straftat beschuldigt wurden 81'236 Personen – darunter 16'160 junge Erwachsene (18- bis 25-Jährige) und 9'106 Minderjährige. Bei den minderjährigen Beschuldigten setzte sich der Rückgang fort, es sind 6,7 Prozent weniger. Gleiches gilt für die jungen Erwachsenen, wo einen Rückgang 6,8 Prozent verzeichnet wird.
- Hoher Anteil von Kriminaltouristen
- Drei Viertel der Menschen, die als kriminell registriert wurden, haben in der Schweiz einen Wohnsitz. Gut 60 Prozent davon waren Schweizerinnen und Schweizer, knapp 40 Prozent waren Ausländer. 5,6 Prozent der Straftaten wurden von Asylbewerbern begangen, das sind knapp 23 Prozent weniger als im Vorjahr, ein Fünftel der Angezeigten waren Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz mit einer Zunahme von 8,7 Prozent.



KRIMINALSTATISTIK SCHWEIZ

Kriminalität nimmt leicht ab

Die Anzahl der verzeigten Straftaten ist gegenüber 2012 um 3,3 % zurückgegangen und liegt damit aber immer noch 4,7 % höher als 2011 (bzw. 10,5 % gegenüber 2010).

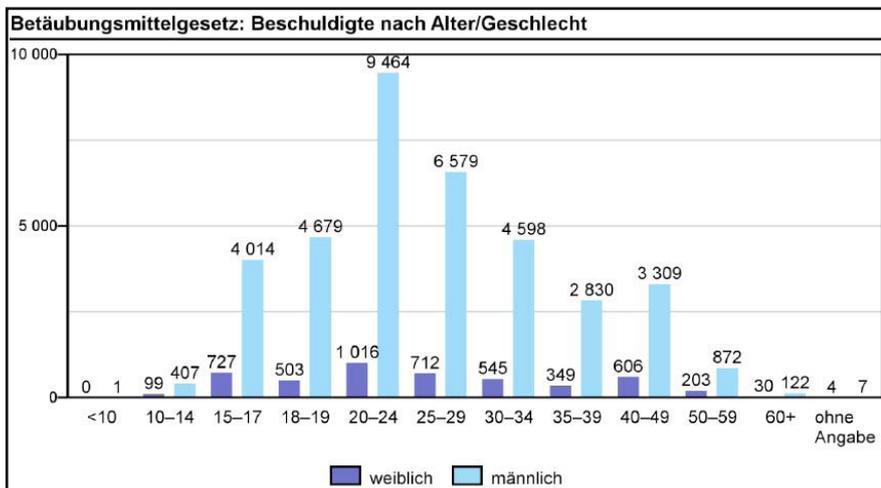
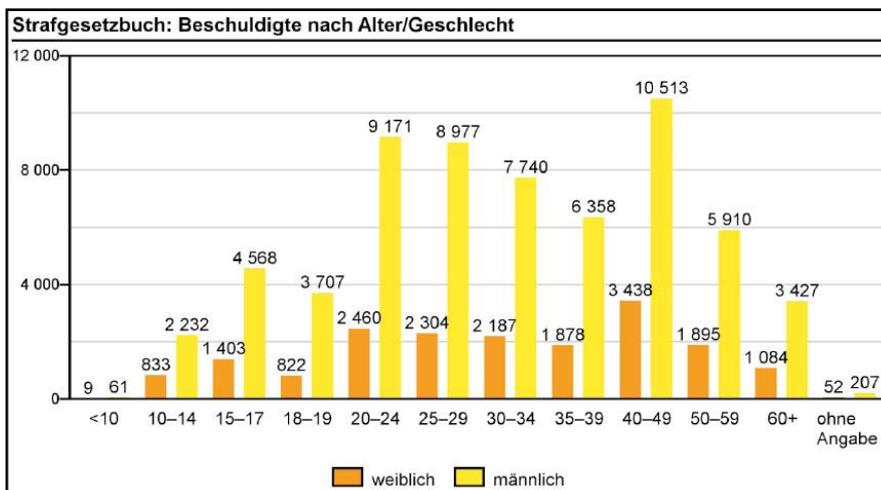
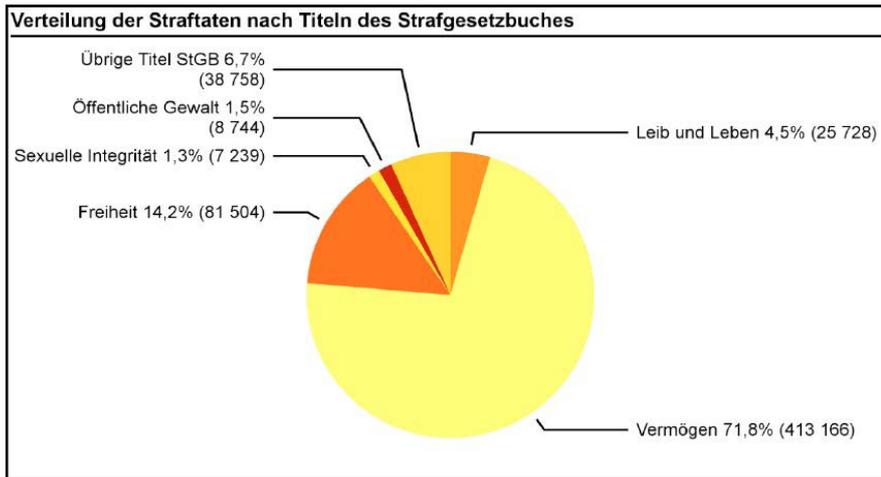
Im Jahr 2013 wurden gesamthaft 475'077 Fälle mit 725'687 Straftaten registriert und finden sich in der Kriminalstatistik wieder. Von diesen Straftaten entfielen 79 % auf das Strafgesetzbuch, 13 % auf das Betäubungsmittelgesetz, 6 % auf das Ausländergesetz sowie 2 % auf weitere strafrechtlich relevante Bundesneben Gesetze (Ohne Zuwiderhandlungen gegen kantonale Gesetze oder das Strassenverkehrsgesetz).

Sehr unterschiedliche Aufklärungsquoten

Im Jahr 2013 lag die Aufklärungsquote bei den Tötungsdelikten bei 93,4 %. Bei den übrigen Straftatbeständen variieren die Aufklärungsquoten stark, was mit der Schwerpunktsetzung der polizeilichen Tätigkeit und mit den Umständen der Straftaten zusammenhängt. So ist die Aufklärungsquote bei den Straftaten gegen Leib und Leben oder gegen die sexuelle Integrität mit 85,0 % resp. 83,2 % hoch, weil das Opfer die beschuldigte Person oftmals kennt. Die Aufklärungsquote wird bei den Vermögensstraftaten durch die hohe Zahl der Diebstähle und Sachbeschädigungen nach unten gedrückt, im Jahr 2013 betrug sie 17,2 %. Ohne diese beiden Straftatbestände lag die Aufklärungsquote der Vermögensstraftaten immerhin bei 54,4 %. Die grosse Zahl der Diebstähle und Sachbeschädigungen führte ausserdem dazu, dass die Gesamtaufklärungsquote der Straftaten gegen das Strafgesetzbuch bei 28,9 % lag (2012: 27,2 %). Demgegenüber fielen die Aufklärungsquoten bei Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz (97,2 %) und das Ausländergesetz (99,8 %) hoch aus, da die Aufdeckung und Registrierung dieser Straftaten weitgehend mit der Kontrolltätigkeit der Polizei gekoppelt sind.

Beschuldigte Personen – weniger Junge, weniger Asylanten

Der Anteil der aufgeklärten Straftaten ist insbesondere in Bezug auf die Beschuldigten von Interesse: Seit 2009 ist es möglich, innerhalb eines Kantons oder auch in mehreren Kantonen wiederholt registrierte Beschuldigte als ein und dieselbe Person zu identifizieren und auszuweisen. Insgesamt ist die Anzahl der wegen Widerhandlungen gegen das Strafge-



setzbuch beschuldigten Personen im Jahr 2013 um 0,5 % zurückgegangen und belief sich auf 81 236 Personen. Im Jahr 2012 war sie noch um 5,2 % angestiegen. Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde bei den beschuldigten Minderjährigen erneut ein Rückgang verzeichnet (2013: -6,7 %, 2012: -8,3 %). Die Zahl der beschuldigten jungen Erwachsenen (18-25 Jahre) ist insgesamt um 6,8 % gesunken, während bei den übrigen beschuldigten Erwachsenen eine Zunahme um 2,6 % registriert wurde. Absolut gesehen werden Minderjährige am häufigsten wegen geringfügiger Straftaten wie Ladendiebstahl (1517 Beschuldigte), Sachbeschädigung (1888 Beschuldigte), allgemeinem Diebstahl (1'127 Beschuldigte), Tötlichkeit (880 Beschuldigte) oder einfacher Körperverletzung (790 Beschuldigte) polizeilich registriert.

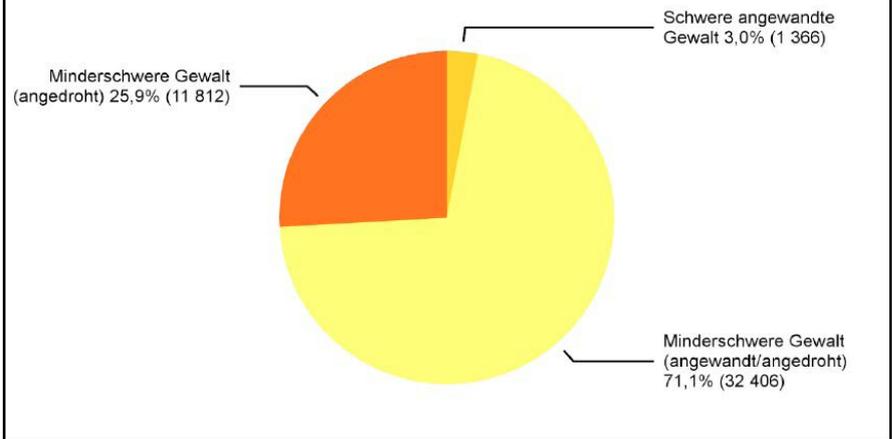
Bei Betrachtung der Staatszugehörigkeit der gemäss Strafgesetzbuch verzeigten Beschuldigten zeigte sich bei den Schweizer Staatsangehörigen eine Abnahme (-683 Beschuldigte). Bei den ausländischen Staatsangehörigen, die zur ständigen Wohnbevölkerung zählen, wurde eine leichte Zunahme festgestellt (+319 Beschuldigte). Die Anteile der Beschuldigten der ständigen Wohnbevölkerung haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert: 62 % der Beschuldigten waren Schweizer Staatsangehörige, 38 % ausländische Staatsangehörige mit einer Niederlassungsbewilligung oder einer Jahresaufenthaltsbewilligung.

Entgegen der Tendenz der vergangenen Jahre wurde bei den Beschuldigten aus dem Asylbereich ein deutlicher Rückgang registriert (2013: -1348 Beschuldigte; 2012: +1638), während die Zahl der Beschuldigten aus der nichtständigen Wohnbevölkerung weiter zugenommen hat (2013: +1266 Beschuldigte; 2012: +1776). Die Beschuldigten aus dem Asylbereich machten 5,6 % und jene aus der nichtständigen Wohnbevölkerung 19,5 % aller Beschuldigten aus. – Je nach Straftat, nach angewendetem Gesetz und nach Kanton kann die Verteilung der Beschuldigten nach Nationalität beträchtlich variieren.

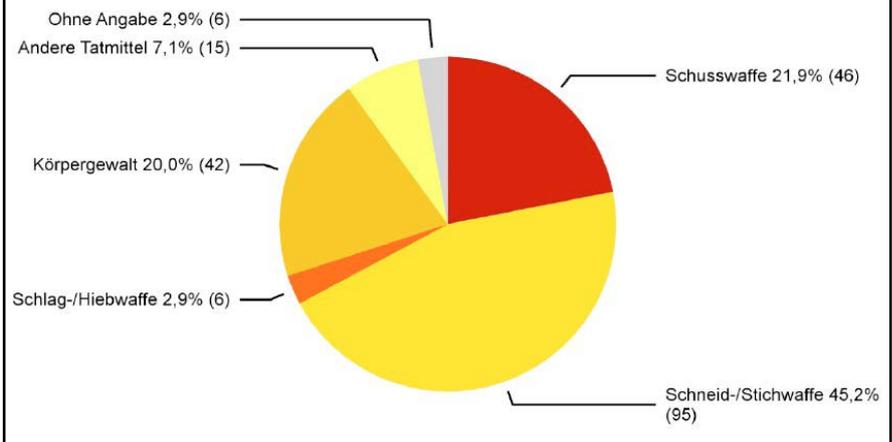
Gewaltstraftaten nahmen leicht ab

Der Anteil schwerer Gewaltstraftaten lag 2013 bei 3,0 % (3,1 % im Jahr 2012). Darunter fallen Tötungsdelikte (58 vollendet/152 versucht), schwere Körperverletzung (568), Vergewaltigung (571) und Raub gemäss Art. 140 Abs. 4 StGB (12). 22 % der Tötungsdelikte wurden mit einer Schusswaffe, 45 % mit einer Schneid-/Stichwaffe verübt. Bei den schweren Körperverletzungen hingegen überwog die reine Körpergewalt (46%). Im Vergleich zum Vorjahr war ein minimaler Rückgang der mit einer Schusswaffe verübten Tötungsdelikte (inkl. Versuche) festzustellen. Die Zahl dieser Straftaten ist von 51 auf 46 gesunken (2011: 45, 2010: 40, 2009: 55). – Bei

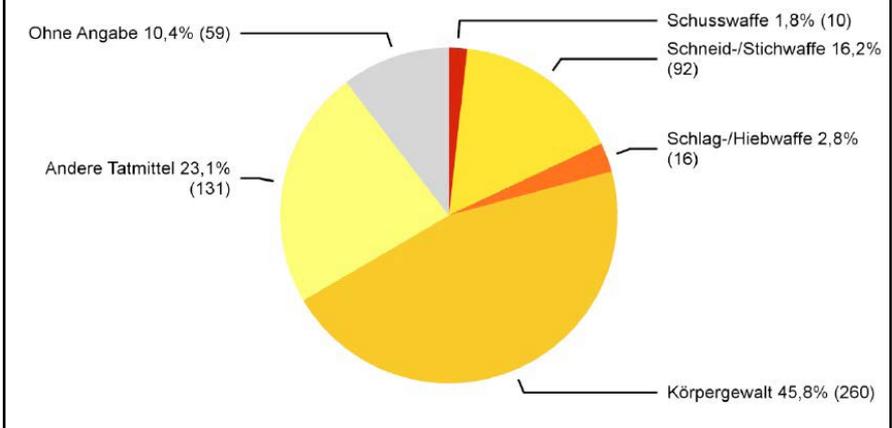
Gewaltstraftaten: Verteilung nach Form



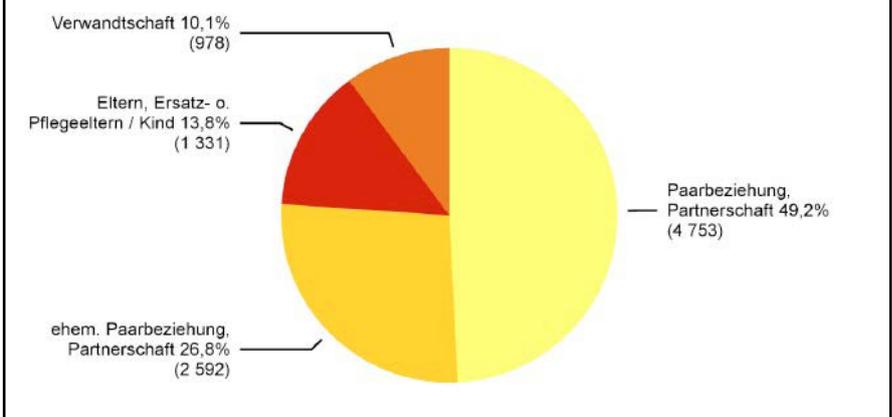
Tötungsdelikte (Art. 111–113/116): Tatmittel



Schwere Körperverletzung (Art. 122): Tatmittel



Häusliche Gewalt: Beziehung zwischen geschädigter und beschuldigter Person



Betrachtung der Durchschnittswerte der vergangenen Jahre zeigt sich, dass die Zahl der verzeigten schweren Gewaltstraftaten gegenüber 2012 leicht zurückgegangen ist (-4 %). Die minderschweren Gewaltstraftaten haben ebenfalls abgenommen (-3 %), vor allem wegen den Rückgängen bei Raub gemäss Art. 140 Abs. 1 bis 3 StGB (-11 %, -400 Straftaten), Teilnahme an Angriffen (-20 %, -389), einfacher Körperverletzung (-2 %, -201 Straftaten) sowie Gewalt und Drohung gegen Beamte (-6%, -181 Straftaten). Am häufigsten waren Tötlichkeiten (12'223), Drohungen (11'167), einfache Körperverletzungen (8'527) und Raub gemäss Art. 140 Abs. 1 bis 3 StGB (3184). Lediglich die Fälle von Erpressung, Freiheitsberaubung/Entführung, Nötigung und Tötlichkeit haben um 67, 11, 3 und 1 % zugenommen.

Anhand der Beziehung zwischen der geschädigten und der beschuldigten Person können Straftaten als häusliche Gewalt² identifiziert werden. Diese Beziehung wird bei einer Auswahl von Straftaten erfasst, die als typisch für diesen Bereich betrachtet werden können. Für das Jahr 2013 wurden in der Schweiz 16'496 Straftaten häuslicher Gewalt – meistens Gewalt in der Partnerschaft – registriert (2012: 15'810, 2011: 14'881). Dies entspricht einer Zunahme von 4 % im Vergleich zum Vorjahr und gleichzeitig dem höchsten erhobenen Wert seit Einführung der neuen Statistik im Jahr 2009. Da es bei diesen Straftaten nicht in allen Kantonen gleichermassen zu einer polizeilichen Verzeigung kommt, müssen diese Zahlen als Minimalwerte gesehen werden.

Sexualstraftaten – nahmen zu, insbesondere bei Pornografie und Prostitution

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 7'239 Widerhandlungen gegen die sexuelle Integrität registriert. Bei den verzeigten Straftaten wurde im Vergleich zum Jahr 2012 insgesamt eine Zunahme von 12 % verzeichnet. Die Zunahme äusserte sich wie bereits 2012 insbesondere bei Straftaten wie Pornografie (+68 %, +605 Straftaten) und unzulässiger Ausübung der Prostitution (+24 %, +276 Straftaten). Die Fälle von sexuellen Handlungen mit Kindern sowie Schändungen stiegen leicht an (+11 % bzw. +9 %). Bei sexueller Nötigung, Exhibitionismus und sexueller Belästigung konnte hingegen ein Rückgang von 6, 22 bzw. 4 % festgestellt werden.

Vermögensstraftaten – es wird weniger aber immer noch viel gestohlen

Den weitaus grössten Anteil der polizeilich registrierten Widerhandlungen gegen das Strafgesetzbuch machen Straftaten gegen das Vermögen aus (2013: 72 %). Davon entfielen mehr als die Hälfte auf Diebstähle: Im Jahr 2013 waren es 217'978 Straftaten resp. 262'057, wenn die Fahrzeugdiebstähle/-entwendungen miteinbezogen werden. Einen weiteren wesentlichen Anteil der Vermögensstraftaten machen Sachbeschädigungen aus: 118'866 Straftaten im Jahr 2013, davon wurden 70'736 Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit Diebstählen registriert. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren ist die Zahl der Straftaten in diesem Bereich zurückgegangen (2013: -7%, 2012: +0,7 %). Beträchtliche Rückgänge wurden bei den Fällen von Diebstahl (-19'471 Straftaten), Fahrzeugdiebstahl (-4'042 Straftaten), Sachbeschädigung bei Diebstahl (-6'124 Straftaten), Sachbeschädigung ohne Diebstahl (-2'149), betrügerischem Missbrauch einer EDV-anlage (-764 Straftaten), unbefugter Datenbeschaffung (-635 Straftaten) und Raub (-407 Straftaten) beobachtet. Unter den Straftaten, die zugenommen haben, sind Betrug (+1'238 Straftaten), Veruntreuung (+960 Straftaten) und Erpressung (+260 Straftaten) zu erwähnen. – Auch bei den Vermögensdelikten zeigte sich der oben erwähnte Rückgang der minderjährigen Beschuldigten. Im Vergleich zu 2012 wurde bei den Straftaten dieser Altersgruppe, insbesondere was Diebstähle und Sachbeschädigungen anbelangt, er-

neut eine Abnahme verzeichnet. Diese beläuft sich auf 11,7 % (2012: -4,5 %; 2011: -24,6 %)

Betäubungsmittelgesetz – die Kiffer mach die grosse Zahl

Im Jahr 2013 wurden von der Polizei gesamthaft 97'289 Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz registriert. Etwas weniger als die Hälfte der Widerhandlungen (47 %) entfielen auf den Konsum von Betäubungsmitteln, mehrheitlich von Hanfprodukten (67 %). Im Vergleich zum Vorjahr kam es bei den Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz insgesamt zu einem Anstieg von 5 % (2012: +2 %, 2011: +2 %). Eine Zunahme wurde sowohl beim Betäubungsmittelkonsum (+2 %), als auch bei den Sicherstellungen von Betäubungsmitteln (+7 %) beobachtet.

Ausländergesetz – hauptsächlich illegale Einreisen und Aufenthalte

Bei den verzeigten Widerhandlungen gegen das Ausländergesetz betraf ein Grossteil die illegale Einreise oder den unrechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz (68 %, 28'185 Straftaten). Daneben ist insbesondere die Erwerbstätigkeit ohne Bewilligung mit 8 % resp. 3'514 Straftaten zu erwähnen. Im Vorjahresvergleich zeigt sich ein erneuter Anstieg um 14 % der Widerhandlungen gegen das Ausländergesetz (2012: +15 %; 2011: +10 %). Dieser ist vor allem auf die Zunahme im Bereich der illegalen Einreise und des unrechtmässigen Aufenthalts in der Schweiz (+15 %, +3'664 Straftaten), der Missachtung der Ein-/Ausgrenzung (+40 %, +916 Straftaten) sowie der rechtswidrigen Erleichterungen (+29 %, +284 Straftaten) zurückzuführen. Bei der Verletzung der An- und Abmeldepflicht ist die Anzahl Straftaten zurückgegangen (-26 %, -313 Straftaten).

Effiziente Kursadministration?

JA mit **eduplan**

... dem Bildungsmanagement-Tool!

Automatisierte Kursadministration • Täglich aktuell • Gesamtüberblick für Teilnehmer, Referenten & Management
• Bildungsnachweis • Integration von Präsenzunterricht und E-Learning

www.sdnag.com

☎ 043 322 72 00



easyLEARN®



GEFÄHRLICHSTE STÄDTE

GEFAHR DER URBANISIERUNG

Das erste Mal in der Geschichte der Menschheit leben mehr Menschen in Städten als in ländlichen Gebieten. 2050 werden laut Schätzungen der UNO mehr als zwei Drittel der Erdbevölkerung in Städten leben. In etlichen Grosstädten der Welt lebt es sich gefährlich – über die Schadenstatistik hat der Rückversicherer Swiss Re die zehn Metropolen errechnet, in denen die meisten Menschen durch Naturkatastrophen gefährdet sind.

> von Otto Lanz

Untersucht wurden die 616 grössten Metropolen und Metropolregionen der Erde. Zusammen wohnen in diesen Regionen 1,7 Milliarden Menschen, etwa 25 Prozent der Weltbevölkerung. 334 der untersuchten Städte liegen in Asien oder Ozeanien, an europäischen Metropolen wurden 90 einbezogen, aus Nordamerika 83, aus Afrika 60 und aus Südamerika 49.

Zur Berechnung wurden Schäden an Gebäuden, Verletzungen oder Evakuierungen durch Erdbeben, Hurrikans, Zyklone, Sturmfluten, Hochwasser und Tsunamis untersucht, darunter auch die Zahlen zu Todesfällen. Das nüchterne Ergebnis: Am meisten Menschen sind in den Regionen um Tokio, Manila, Hongkong, um die japanischen Städte Osaka und Kobe sowie Jakarta durch Naturkatastrophen bedroht. Gefährdet sind in erster Linie Küstengebiete und dabei mehr und mehr die Schwellenländer.

Für 379 Millionen Menschen könnten Wassermassen durch Flussüberschwemmungen zur Bedrohung werden. Erdbebengefahren lauern für 283 Millionen Menschen, Stürme für 157 Millionen, Sturmfluten für 33 Millionen und Tsunamis für 12 Millionen Menschen. Während Stürme und Erdbeben flächendeckende Zerstörungen anrichten, sind die übrigen Gefahren geographisch begrenzt, gefährden aber die Küstenstriche besonders.

SCHÄDEN 2013 – 145 MILLIARDEN DOLLAR

Exemplarisch: Der Hurrikan Sandy. Ende Oktober des letzten Jahres traf er die US-amerikanische Ostküste: 72 Menschen mussten ihr Leben lassen, 300'000 Wohnungen waren betroffen, U-Bahntunnel waren überflutet und 8,5 Millionen Einwohner hatten zum Teil wochenlang keinen Strom. Börse und Flughäfen schlossen. Die Schäden beliefen sich auf 68 Milliarden US-Dollar.

Insgesamt verursachten Katastrophen 2013 umgerechnet 145 Milliarden Dollar wirtschaftliche Schäden. Der Wert liegt unter den für 2012 berechneten 196 Milliarden Dollar ebenso unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 190 Milliarden Dollar.

Am teuersten war 2013 mit sechs Milliarden Dollar Schaden das Sommerhochwasser in Mitteleuropa. Darauf folgen die heftigen Hagelfälle in Deutschland und an einigen Orten in Frankreich im Juli mit Schäden von 3,8 Milliarden Dollar. Insgesamt waren von den 140 Milliarden Dollar Gesamtschäden weltweit geschätzte 45 Milliarden Dollar durch Versicherungen abgedeckt.

In Zukunft wird mit einer erneuten Zunahme der Schäden erwartet, vor allem durch Klimawandel und Naturkatastrophen.

TRIFFT ES DIE SCHWEIZ?

Das Problem der Metropolen verschärft sich durch ungenügend geplantes Wachstum, mangelhafte Flächennutzungsrichtlinien und instabile Bauten. In Europa sticht die erdbebengefährdeten türkischen Wirtschaftsmetropole Istanbul heraus: 6,4 Millionen Menschen wären hier betroffen. Ein Jahrhunderthochwasser der Seine würde in Paris 2,2 Millionen Menschen treffen, während ein Wintersturm das Potenzial hätte, 2,2 Millionen Londoner zu gefährden. In den übrigen Städten wären es vor allem die wirtschaftlichen Schäden, speziell durch Fluten und Stürme, welche dicht besiedelte Regionen betreffen würden. Zürich etwa rangiert beim Risiko zu verlierender Arbeitstage auf Platz elf. Beim Einfluss auf die Wirtschaftsleistung des entsprechenden Landes durch Naturereignisse ist der Grossraum Zürich auf Platz sieben in Europa. Davor stehen die Region Rotterdam-Amsterdam, Zagreb, Sofia, die beiden Städte Brüssel und Antwerpen, Athen und Paris.

DIE RANGLISTE

Platz 1

Tokio-Yokohama. Etwa 37 Millionen Menschen leben in der Gegend um die zwei Städte. Sie wird durch Erdbeben, Monsune, Überflutungen und Tsunamis bedroht. Bei einem Erdbeben 1923 starben nach Schätzungen mehr als 142.000 Menschen.



Platz 2

Manila. Die Bevölkerung der Hauptstadt der Philippinen hat neben Erdbeben vor allem heftige Taifune zu befürchten. Im vergangenen Jahr fegte „Haiyan“ über die Region hinweg und hinterliess eine Spur der Verwüstung. Rund 7500 Menschen starben, mehr als vier Millionen wurden obdachlos.



Platz 3

Pearl River Delta. Die chinesische Metropolregion um das Delta des Perflusses beherbergt unter anderem Hongkong und ist die Heimat von über 42 Millionen Menschen. Es ist laut Versicherungsberichten die durch Sturmfluten am stärksten gefährdete Region. Hinzu kommt das Risiko durch Zyklone und Überschwemmungen.



Platz 4

Osaka-Kobe. Die Region um die japanischen Städte Osaka und Kobe beherbergt knapp 15 Millionen Menschen. Neben heftigen Erdbeben – zuletzt 1995 – drohen Überflutungen, Taifune und Sturmfluten.



Platz 5

Jakarta. Die Metropolregion um die Hauptstadt der Republik Indonesien beherbergt 28 Millionen Menschen. Zwei Fünftel der Fläche von Jakarta liegen unterhalb des Meeresspiegels. Vor allem Erdbeben und Fluten bedrohen die Bevölkerung dort.



Platz 7

Kalkutta. Mit 14,1 Millionen Einwohnern ist die Region um das indische Kalkutta der drittgrösste Ballungsraum des Landes. Hier drohen Überflutungen, Tsunamis und Hurrikane.



Platz 6

Nagoya. Die japanische Hafenstadt liegt auf einer Halbinsel im Pazifik. Hier drohen vor allem Tsunamis. In der Stadt leben 2,3 Millionen Menschen.



Platz 8

Shanghai. Die bedeutende Industriestadt der Volksrepublik China ist eine von vielen Städten, die in Wassernähe errichtet wurden. Shanghai liegt an der Mündung des Jangtsekiang, des längsten Flusses Chinas, ins Ostchinesische Meer. Hochwasser ist hier keine Seltenheit.



Platz 9

Los Angeles. Die grösste Stadt im US-Bundesstaat Kalifornien ist für ihre Nähe zur San-Andreas-Verwerfung bekannt, die den Untergrund immer wieder beben lässt. In der Region um Los Angeles leben knapp 15 Millionen Menschen.



Platz 10

Teheran. In der Metropolregion rund um die iranische Hauptstadt leben nach offiziellen Angaben etwa zwölf Millionen Menschen, inoffizielle Schätzungen gehen sogar von etwa 15 Millionen aus. Die Region liegt an der Nordanatolischen Verwerfung, wo Anadolische und Eurasische Platte aufeinandertreffen. Dadurch gibt es das Risiko von Erdbeben, das letzte grosse sorgte 1830 für Schäden.



pylocx-Rohrtresor

Wartungsfreier, batterieloser, vandalensicherer elektronischer Rohrtresor

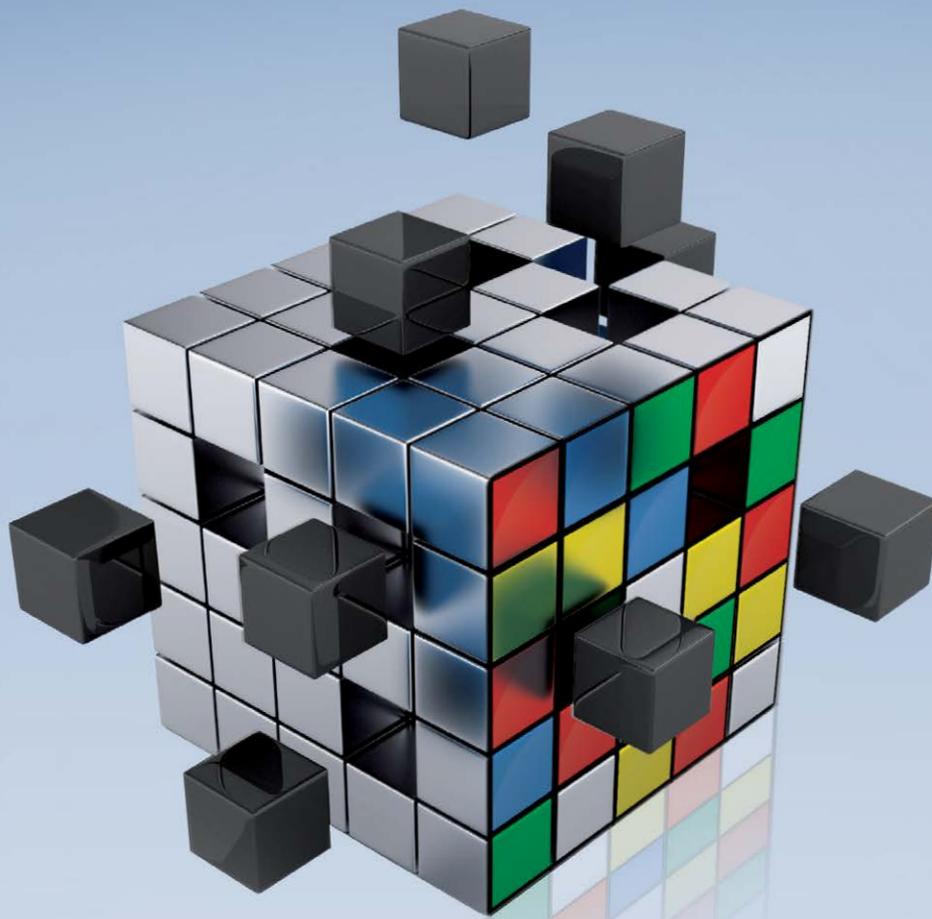
- Revolutionärer, Pincode-gesicherter Transponder zum Öffnen von pylocx-Schlössern
- Einmal-Codes, Service-Codes, 4-Augen-Prinzip VDS zertifiziert - Kl. SD1, Umweltschutzklasse IV
- Für mehr Informationen verlangen Sie die pylocx Info-Mappe



QUADRAGARD®
SICHERHEITSSYSTEME



Martin Eichholzer AG
Bachmattweg 13, CH-8048 Zürich
Telefon 044 434 10 10, Fax 044 432 28 94
www.quadragard.ch, info@quadragard.ch



BEYOND SECURITY

KABA[®]

Schliesssysteme von Kaba kennen keine Grenzen.

Kaba star Keylink

Planen ohne Limite:
Der flexible Einsatz von bis zu 45 unabhängigen Zylindergruppen ermöglicht unbegrenzte individuelle Schlüsselkombinationen.

Kaba evolo

Sprengt die Grenzen der Gegenwart: Das zukunftsweisende Zutrittssystem im preisgekrönten Design. Modular, flexibel, bedienerfreundlich - in zwei Minuten nachrüstbar.

Kaba AG
Total Access Schweiz
Wetzikon - Rümlang - Crissier
Telefon 0848 85 86 87
Fax 044 931 63 85
www.kaba.ch





MAN WEISS VON ALLEM UND JEDEM DEN PREIS
ABER DEN WERT NICHT!

INTERVIEW MIT REGIERUNGSRAT HANS-JÜRIG KÄSER

> von Anton Wagner

Regierungsrat
Hans-Jürg Käser

Ab 1968 studierte er Philosophie und Geschichte an der Universität Bern. Es folgten Auslandsaufenthalte in Montpellier, Dijon und im Vereinigten Königreich. Danach war er Sekundarlehrer in Küssnacht am Rigi und in Langenthal und schliesslich von 1990 bis 1994 Rektor des Untergymnasiums in Langenthal. Vom 1. Januar 1995 bis zum 31. Mai 2006 war er hauptamtlicher Stadtpräsident von Langenthal. Gleichzeitig gehörte er von 1998 bis 2006 dem Grossen Rat des Kantons Bern an, davon die letzten zwei Jahre als Präsident der FDP-Fraktion. Seit dem 1. Juni 2006 ist er Regierungsrat des Kantons Bern und steht der Polizei- und Militärdirektion vor. Seit 2012 ist er zudem Präsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren der Schweiz (KK-JPD). Der er seit 2006 als Mitglied des Vorstandes und seit Januar 2011 als Vizepräsident angehörte.

Der 64-Jährige pflegt einen direkten Kommunikationsstil, der zuweilen auch auf Kritik stösst. Dennoch geniesst Hans-Jürg Käser eine hohe Akzeptanz, vor allem als Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz.

protect-it: Wie ist Ihre Befindlichkeit?

Das Vertrauen der das Vertrauen der Bürger ehrt mich. Auf Grund meines Alters hätte ich auch sagen können: es reicht jetzt! Doch die Arbeit ist nach wie vor herausfordernd und auch als Präsident der KK-JPD habe ich noch wichtige Aufgaben zu erledigen, gerade zusammen mit dem Bund, insbesondere im Asylwesen und auch im Bereich des Strafvollzugs stehen Entscheidungen an. Im Regierungsrat wird es allerdings letzte Amtsperiode sein.

Ich haben Sie die Wahl erlebt? Wie insbesondere die vielen Medienberichte Sie?

Ja, die Medienberichterstattung war stark, es kam mir vor wie eine eigentliche Kampagne. Aber so ist das, wenn sich die Medien auf jemanden einschies-

Vorwürfe wegen der Thorberg-Affäre, zu Missständen im Asylwesen oder die Angriffe wegen Vetternwirtschaft bei der Kantonspolizei belasteten Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser (FDP) in den Monaten vor den Berner Regierungsratswahlen. Ingeheim hofften seine Kritiker auf ein schlechtes Wahlergebnis für ihn. – Als wäre nichts geschehen wurde Käser jedoch mit 109'600 Stimmen (rund 13'000 mehr als vor vier Jahren, trotz schlechterer Stimmbeteiligung), mit dem viertbesten Wahlergebnis, wiedergewählt.

Käser besuchte die Schulen in Langenthal und absolvierte die Matura Typus E an der Kantonsschule Olten.

sen. Das kennt man als Politiker. Andererseits habe ich eine offene Unterstützung der Bürger gespürt. Ich wurde auf der Strasse angesprochen, man hat mir Mut gemacht.

Das sind Ihre Verdienste in den letzten vier Jahren?

Wichtig war das Hooligan-Konkordat, bei dem bis auf die Kantone Baselstadt und Baselland alle Schweizer Kantone mitmachen. Damit können wir die Hooligan-Szene besser kontrollieren. Es wird weitere Ausschreitungen nicht verhindern aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wichtig dabei ist, dass Randalie und Straftaten im Rahmen von Sportveranstaltungen unmittelbar geahndet werden können, zum Beispiel mit Schnellgerichten. Die Randalierer sollen merken, dass man nicht ungestraft davon kommt und die Clubs müssen ihre Verantwortung vermehrt wahrnehmen. – Wichtig war auch das Prostitutionsgesetz, mit dem im Kanton Bern künftig die Prostituierten besser geschützt sind. Damit schieben wir den Menschenhändlern und Zuhältern einen Riegel, und die Freier müssen konkrete Regeln befolgen ...

Es gibt Staaten in Europa, die künftig die Prostitution verbieten ...

Das ist für mich ein Blödsinn! Das kann man nicht verbieten und ich weiss auch nicht, wie man so etwas durchsetzen sollte. Ich bin das liberaler Mensch sowieso der Meinung, dass es nicht die Aufgabe des Staates sein kann, für alles und jedes ein Gesetz zu schaffen, um Probleme aus der Welt zu schaffen. Nachher muss die Exekutive, also zum Beispiel die Polizei, trotz knappem Personal, die Entscheide durchsetzen, auch wenn sie nicht realistisch sind.

Doch zurück zu den letzten vier Jahren ...

Wir mussten daneben im letzten Jahr die gesamte Finanzorganisation umbauen, denn die Einnahmen aus den Motorfahrzeugsteuern sind infolge einer «erzwungenen» Senkung stark zurückgegangen, also ist

mein Departement nur noch knapp kostendeckend, unangenehme Sparmassnahmen sind die Folge. – In den letzten sechs Jahren haben wir alle Spitzenposten der Strafanstalten und Regionalgefängnisse im Kanton neu besetzt, bis auf zwei, darunter eben auch der Thorberg. Dies wurde wegen Pensionierungen und Stellenwechseln notwendig und war sehr herausfordernd, gerade wegen der hohen Ansprüche, die an diese Führungspersonen gestellt werden.

Und bei der Polizei?

Etwas kleineres aber wichtiges als Beispiel: früher hatten alle Polizisten einen Pager für die Alarmierung, heute sind alle mit einem I-Phone ausgerüstet. Ein grösseres Projekt war, die Polizeien im Kanton zusammenzuführen. Es gibt bei uns jetzt nur noch eine Polizei, keine getrennten Kantons-, Stadt-, Regional- und Gemeindepolizeien mehr. Allein in der Stadt Bern hatten wir ein Polizeikoprs mit 620 Personen; das war eine kräftige Umstellung. Im Asylbereich haben wir, in Zusammenarbeit mit dem Bund, das Asylwesen neu geordnet. Jetzt geht es darum, die Standorte für die neuen Bundeszentren zu finden.

Wie arbeiten sie, projektorientiert mit starkem Einfluss Ihrerseits oder lassen Sie eher die Mitarbeiter selbständig arbeiten?

Ich arbeite stark projektorientiert, da kommen wichtige Impulse von mir, ich nehme aber auch Ideen anderer auf. Als Beispiel dient das Asylwesen wo wir, um uns besser zu orientieren nach Holland gereist sind, und zu sehen, wie es dort gemacht wird. Die Holländer haben es natürlich etwas einfacher als wir, dass sie das Asylzentrum auf einem alten NATO-Stützpunkt eingerichtet haben, wo 2500 Plätze zur Verfügung stehen. Das ist sehr praktisch; diesen Platz haben wir natürlich nicht, deshalb haben wir sechs Regionen gebildet, wobei jede Region rund 300–400 Plätze anbieten wird.



Ich möchte nochmals auf den Torberg zurückkommen, das hat zu reden gegeben ...

Ja das stimmt, das hat zu reden gegeben, weil anonym Gerüchte und Vorwürfe gegenüber dem Direktor vorlagen und ich das wohl unterschätzt habe. Ich habe zwar daraufhin eine interne Untersuchung



angeregt, die Resultate genau angeschaut und danach den Grossteil der Probleme bereinigt. Einen Vorwurf, den ich anders beurteilt habe war zum Beispiel «Begünstigung». Ein Insasse hat Bilder gemalt und der Direktor hat ihm zwei Bilder abgekauft und ihm das Geld direkt zukommen lassen. Ich finde dies nicht problematisch, eine Begünstigung ist es sicher nicht. Man kann das als Begünstigung auslegen, es kann aber auch der Resozialisierung des Gefangenen dienen. – Als gewichtiger erachte ich, dass der Direktor mit zwei Insassen per «du» war. Er hätte diese Häftlinge nicht in seiner Anstalt aufnehmen dürfen, hätte sie anderswo platzieren können. Solche Situationen führen halt zu internen Konflikten. – Der heisseste Vorwurf hat sich daraus ergeben, dass er sexuelle Kontakte mit einer drogenabhängigen Prostituierten gehabt hat; er hat es später auch zugegeben. So ein Verhalten ist für einen Anstaltsdirektor natürlich nicht tolerierbar, da



er auf diese Weise erpressbar wird. Dazu kamen verschiedene weitere Vorfälle, die schlussendlich dazu geführt haben dass ich eine externe Untersuchung veranlasst habe und den Direktor freistellen musste bzw. zu entlassen hatte. Jetzt läuft das Kündigungsprozedere – aber er ist krank, so müssen wir halt weiter bezahlen, soweit wie das Personalrecht zählt.

Kann man sagen, dass Sie vielleicht etwas zu spät reagiert haben?

Ja ich hätte vielleicht schon bei den ersten Vorwürfen rasch reagieren sollen, doch landen viele Gerüchte auf meinen Tisch, und ich will nicht jedes Mal hauerkartig reagieren. Das ist auch nicht mein Stil. Was ich sicher unterschätzt habe, ist die Reaktion der Medien, da durch eine gezielte Indiskretion die Medien während der Untersuchungen Wind davon bekamen, was zu einer Beschleunigung des Falls geführt hat. – Heute bin ich klüger, ich habe zwei Fehler gemacht: ich hätte damals meine Zustimmung bei der Ernennung dieses Direktors nicht ohne weitere Hinterfragung geben sollen, vielleicht wäre bei näherer Analyse der Person das eine oder andere aufgetaucht, und ich hätte bei den ersten Gerüchten bereits eine externe Untersuchung einleiten müssen.

Würden Sie es heute merken?

Ich bin skeptischer geworden, doch man sieht immer nur an die Leute «heran» und nicht und nicht in Sie «hinein»... Ich habe im Laufe meines beruflichen Lebens Hunderte von Menschen eingestellt und manchmal passieren eben Fehler, davor ist niemand gefeit. Auch in der Privatwirtschaft geschieht das, nur eben bei der öffentlichen Hand wird es medial ausgeschlachtet.

Ein Vorwurf war ja auch, dass dieser Anstaltsdirektor nicht einmal einen universitären Abschluss habe ...

Ja so ist das, aber ich unterteile die Menschen nicht nach Akademikern und anderen; das Leben ist der beste Lehrmeister und Charakter-Fragen stehen bei der Beurteilung an erster Stelle.

Im Bereich Ihrer Verantwortung für das Asylwesen sind einige Vorwürfe aufgetaucht. Das Parlament kritisierte man Sie, denn es seien im bernischen Asylwesen rund 18 Millionen Franken

«verloren gegangen». Es seien auch nicht alle Partner, die die Asylzentren betreiben über alle Zweifel erhaben und gebe Auszahlungen mit fehlenden Rechtsgrundlagen, nicht nachvollziehbare Verträge und Abläufe. Man stellt nun deutliche Forderungen für eine Verbesserung an Sie und will dies auch genau kontrollieren.

Ich nehme die Sache sehr ernst, die Kritik nehme ich zur Kenntnis. Einiges stimmt, doch eben nicht alles. – Gemäss Verteilschlüssel muss Bern 13,5 Prozent der Asylsuchenden unterbringen. Im ganzen Kanton wurden, unter erheblichem Zeitdruck, zahlreiche unterirdische Zivilschutzanlagen als Asylzentren eröffnet, nicht alle haben immer perfekt funktioniert. Die Betreuung und Führung der rund zwei Dutzend Asylunterkünfte im Kanton wird durch Beauftragte, Externe wie die Heilsarmee Flüchtlingshilfe, Verein Asyl Biel/Bienne, der Verein Asyl Thun und die Firma ORS mit einem Zentrum in Bern, betrieben. Die Verträge laufen noch und ich halte mich daran. Zum Beispiel wurde im Parlament verlangt, dass man keine Aufträge an gewinnbringende Unternehmen geben dürfe, wie die ORS. Doch die machen das gut, das sind Fachleute, die auch alle Zentren des Bundesamtes für Migration betreiben. Aber auch die Heilsarmee macht die Arbeit nicht gratis, es ist einfach keine AG, doch auch sie muss zum Geld schauen und letztlich einen Gewinn realisieren. – Das wollten im Parlament nicht alle begreifen, auch dass die Leistungsverträge gut sind, wenn auch unterschiedlich da sie aus historisch verschiedenen Zeiten stammen. – Dennoch gilt es, die Verträge immer wieder zu überprüfen und an die Erfordernisse anzupassen. Dies ist geschehen und die Verträge sind ab 2014 vereinheitlicht. – Unschön war auch, dass Leute in meinem Migrationsamt die Heilsarmee angegriffen haben. Ich bin der Sache dann selbst nachgegangen. Nach Gesprächen mit der Heilsarmeespitze, dem General für die Schweiz, Österreich und Ungarn, die Probleme behoben; die arbeiten vielleicht nicht in allen Details perfekt, aber

insgesamt engagiert und gut. Wo gearbeitet wird gibt es auch Fehler, so ist das Leben. – Das Parlament äusserte auch, dass die Vorauszahlungen an diese Partner als verzinsliche Darlehen zu betrachten seien, wovon in den Verträgen keine Rede ist... und rechnen den Zinsverlust über die letzten Jahre mit 3 % (!) hoch, was natürlich erhebliche entgangene Einnahmen aus Anlagen bedeutet – ich halte diese Betrachtung für unredlich. Ich habe mich an die Verträge zu halten. Wenn man also eine Verzinsung wünscht, kann man so etwas, wie es jetzt dem Wunsch des Parlaments entspricht, erst bei Vertragsende ändern. Demnächst, nach Ablauf der bestehenden Verträge, erfolgt neu eine öffentliche Ausschreibung für die neuen Leistungsverträge mit Partnerorganisationen, dort sind diese Wünsche berücksichtigt, allerdings zu realistischen Zinssätzen, dann sehen wir ob die Partner das so akzeptieren können.

Das Geld hat der Kanton ja bereits, warum also Zinsen verlangen.

Ja, das finde ich eben auch. Wir erhalten vom Bund eine Pauschale pro Asylsuchendem, wir haben dieses Geld bereits. Und gerade die beiden kleineren Organisationen der vier brauchen diese Vorschüsse, um die Arbeit richtig machen zu können. Man hat das Gefühl, dass immer mehr die Buchhalter das Sagen haben; man weiss von allem und jedem den Preis zu nennen, aber den Wert kennt man nicht!

Es wurde aber noch mehr Probleme aufgezeigt: z. B. ein unbrauchbares EDV-System ohne Schnittstellen zur Finanzverwaltung oder zum Bund, unregelmässige Zuständigkeiten, sowie Wissensverlust nach dem Abgang von Kaderleuten im Amt für Migration und Personenstand.

Nach dem Bericht der Oberaufsicht, in dem verschiedene Mängel aufgezeigt wurden, werden wir die Empfehlungen nun umsetzen. Generell werde ich auch die Kommunikation mit dem Parlament ver-

bessern. – Stossend bei der ganzen Sache war aber, dass der vertrauliche Bericht den Medien zugespielt wurde, was viel unnötigen Wirbel erzeugt hat. Das macht das Arbeiten manchmal schwerer. Ich denke, dass man nicht konsequent und zielgerichtet arbeiten kann, wenn gewisse Regeln des politischen Anstands eingehalten werden. – Nur eben, es war halt kurz vor den Wahlen, wo manch einer sein eigenes Süppchen kochen will. Ich habe im Parlament dazu gesagt: Wenn vertrauliche Finanzberichte eh öffentlich gehandelt werden, kann man sie ja künftig direkt an die Münsterpforte nageln ...

Ihr lasst viel untersuchen. Was bringen die Berichte?

Wenn wir einen internen Bericht verfassen, zählt der im Parlament meist nicht viel, der kommt ja von den Beamten. Externe Berichte hingegen sind wie die Bibel, das stimmt. Noch viel gewichtiger wiegt ein Finanzkontrollbericht, obwohl darin nur nackte Zahlen stehen und keine Zwischentöne geschildert werden. Also, dass wir es mit Menschen und Schicksalen zu tun haben, dass die Betreiber sich alle Mühe geben, die Probleme im Alltag dieser Menschen aus aller Herren Länder zu lösen, den Auftrag im Rahmen des Gesetzes zu erfüllen. Und dass auch unsere Polizisten, die mit der Kontrolle, Festnahme, der Überstellung und gegebenenfalls Ausweisung dieser Asylbewerber zu tun haben, kein leichtes Brot essen.

Im Detail erklärt, klingt vieles logisch, verständlich und kommt nicht so holzschnittartig grob herüber, wie die fetten Schlagzeilen: Chaos im Berner Migrationsamt!

Sehen Sie, man kennt einen Mann nur, wenn man ein Stück Weg in seinen Schuhen gelaufen ist...

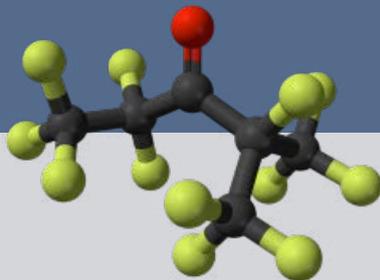




Novec™ 1230 und MX 1230

DAS RICHTIGE LÖSCHKONZEPT FÜR EDV-RÄUME

- Kohlenstoff
- Fluor
- Sauerstoff



Löschmittel sollen brennende Stoffe unter Berücksichtigung ihrer Brandklasse und vorherrschender Umfeldbedingungen (beispielsweise Personengefährdung, empfindliche Geräte und Wertgegenstände im Raum oder Raumgröße) löschen. Novec™ 1230 in einer MX 1230-Feuerlöschanlage von Minimax bietet besonderen Schutz.

> von Connie de Neef

**DAS RICHTIGE LÖSCHMITTEL IST
ENTSCHEIDEND**

Jedes Löschmittel besitzt eine Hauptlöschwirkung und eventuelle Nebenlöschwirkungen. Die falsche Auswahl des Löschmittels kann fatale Folgen haben. So reagieren einige chemische Stoffe mit Wasser. Bei chemischen Löschmitteln werden bei hohen Temperaturen bisweilen Moleküle aufgebrochen und gehen



neue Verbindungen ein. Mögliche Folgen sind Explosionsgefahr oder Säurebildung. Etliche Löschmittel sind auch leitend und können in elektrischen Anlagen starke Schäden erzeugen.

DIE MINIMAX FEUERLÖSCHANLAGE MX 1230

Dank seiner schnellen und gleichmässigen Löschmittelverteilung ist die Minimax Feuerlöschanlage MX 1230 mit dem Löschmittel Novec™ 1230 von 3M™ ganz besonders für den sicheren Schutz elektrischer und elektronischer Risiken eine Lösung mit einleuchtenden Vorteilen.

Sie ist platzsparend, umweltfreundlich und garantiert eine hohe Personensicherheit. Das einzigartige am Löschmittel Novec™ 1230 ist: Es wird bei Raumtem-

peratur kompakt wie Wasser gelagert, löscht aber als Gas rückstandsfrei und unter homogener Verteilung im gesamten Löschbereich. Jede MX 1230 Feuerlöschanlage wird individuell projektiert. Düsenbohrungen und Behälterfüllmengen werden objektspezifisch ausgelegt.

DIREKTE VORTEILE DER ANLAGE

Der besondere Vorteil der MX 1230 Kompaktlöschanlage: Steuerzentrale, Löschmittelvorrat und auf Wunsch auch Löschdüse, Alarmhupe und Blitzleuchte sind in einer Einheit in einem Schrank zusammengefasst. So kann die Anlage platzsparend, mit minimalem Montage- und Installationsaufwand im von ihr geschützten Raum aufgestellt werden. Zuverlässig, automatisch und rund um die Uhr schützt die Minimax MX 1230 Kompaktlöschanlage mit dem Löschmittel Novec™ 1230 von 3M™ Datenverarbeitungs- und elektronische Steuerungssysteme. Die Kompaktlöschanlage erkennt frühzeitig und automatisch die Brandgefahr und reagiert so auf Brände im geschützten Bereich bereits in der Entstehungsphase.

Die Branderkennung und die Ansteuerung des Löschsyste-
ms erfolgt über eine Brandmelder- und Löschsteu-
erzentrale und durch automatische Brandmelder in zwei
Gruppen – bzw. einen oder zwei Melder – und trennt
automatisch die Stromzufuhr, löscht selbsttätig, schnell
und rückstandsfrei.

ABLAUF IM BRANDFALL

Beim Ansprechen des Brandmelders, der Branderken-
nung, oder der elektrischen Handauslösung ertönt
der Summer an der Zentrale und der Alarm wird wie
vorgesehen weitergeleitet, Lüftung und Klimageräte
werden abgeschaltet. Es ertönt die elektrische Hupe,
die eingestellte Verzögerungszeit von 10 Sekunden
beginnt abzulaufen. Nach Ablauf dieser Verzöge-

rungszeit wird das Ventil des Löschmittelbehälters geöffnet. Innerhalb von max. 10 Sekunden strömt das gesamte Löschmittel über das Rohrleitungsnetz und die Düsen in den Raum.

Im Fall einer Handauslösung mittels Auslösehebel erfolgt die Auslösung unmittelbar ohne Ansteuerung optischer und akustischer Alarmmittel. Die manuelle Auslösung kann über Handfeuermelder erfolgen, wobei auch hier die eingestellte Verzögerungszeit von 10 Sekunden abläuft.

FUNKTION

Bei der Auslösung verdampft das im Behälter flüssig unter Druck gelagerte Löschmittel an der Düse und verteilt sich als gasförmiges Löschmittel-/ Luftgemisch im Raum. Der Brand wird hauptsächlich durch Energieentzug der Flammen gelöscht, die Sauerstoffkonzentration im Raum reduziert sich während des Löschvorgangs nur geringfügig. Wenn eine Energieabschaltung der EDV-Anlagen im Alarmfall vom Betreiber nicht gestattet ist kann es beim Absinken der löschwirksamen Löschmittelkonzentration zum Wiederaufflammen durch nach wie vor bestehende Zündquellen (z.B. defekte Geräte) kommen.

BEGLEITMASSNAHMEN

Die Eingriffszeit von alarmiertem Personal muss so kurz wie möglich gehalten werden. Idealerweise ist die Eingriffszeit geringer als die Haltezeit des Löschmittels (Haltezeit = Zeit in der die löschwirksame Konzentration aufrecht erhalten bleibt). Abhängig von der Dichtheit des Raumes wird eine löschwirksame Konzentration über einen Zeitraum von ca. 10 Minuten aufrechterhalten.

Es ist zu beachten, dass bei einem Alarm die Klimageräte abgeschaltet werden und somit die Kühlung der Geräte vorübergehend ausfällt. Dies ist vom Betreiber

vor allem bei Computern und anderen wärmeempfindlichen Geräten zu beachten.

Die geschützten Räume werden beim Einbau möglichst dicht abgeschottet, um ein ungezieltes Abströmen von Löschmittel zu vermeiden. Jede unverschlossene Öffnung führt zu Löschmittelverlust und reduziert dadurch die Löschmittelkonzentration und die Haltezeit. Strömt zu viel Löschmittel durch unverschlossene Öffnungen ab, kann die zum Löschen des Brandes erforderliche Konzentration nicht erreicht und der Brand nicht gelöscht werden. Mit einem Door Fan Test oder einer Probeflutung wird die Raumdichtheit nach Installation der Anlage geprüft.

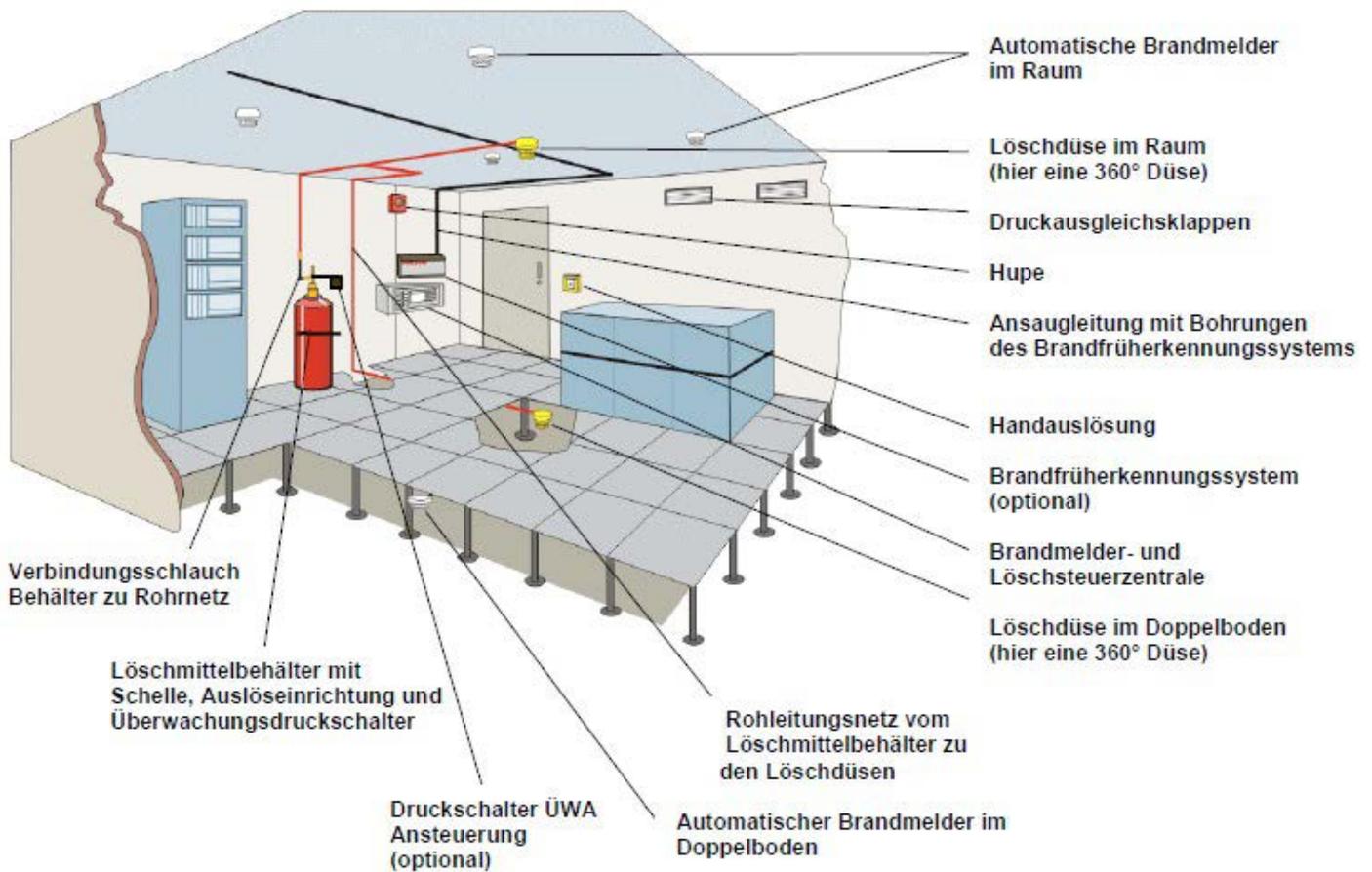
LANGLEBIGKEIT

Die Haltbarkeit des Löschmittels liegt nach Angabe des Herstellers bei fachgerechter Lagerung bei über 30 Jahren. Die Haltbarkeit der restlichen Komponenten hängt von deren Pflege und den am Aufstellort herrschenden Umgebungsbedingungen ab.

Durch regelmäßige Wartungen kann der Wert der Anlage und die Funktionstüchtigkeit über sehr viele Jahre erhalten und sichergestellt werden.



Löschmitteltanks ▲



NOVEC 1230 (KETON)

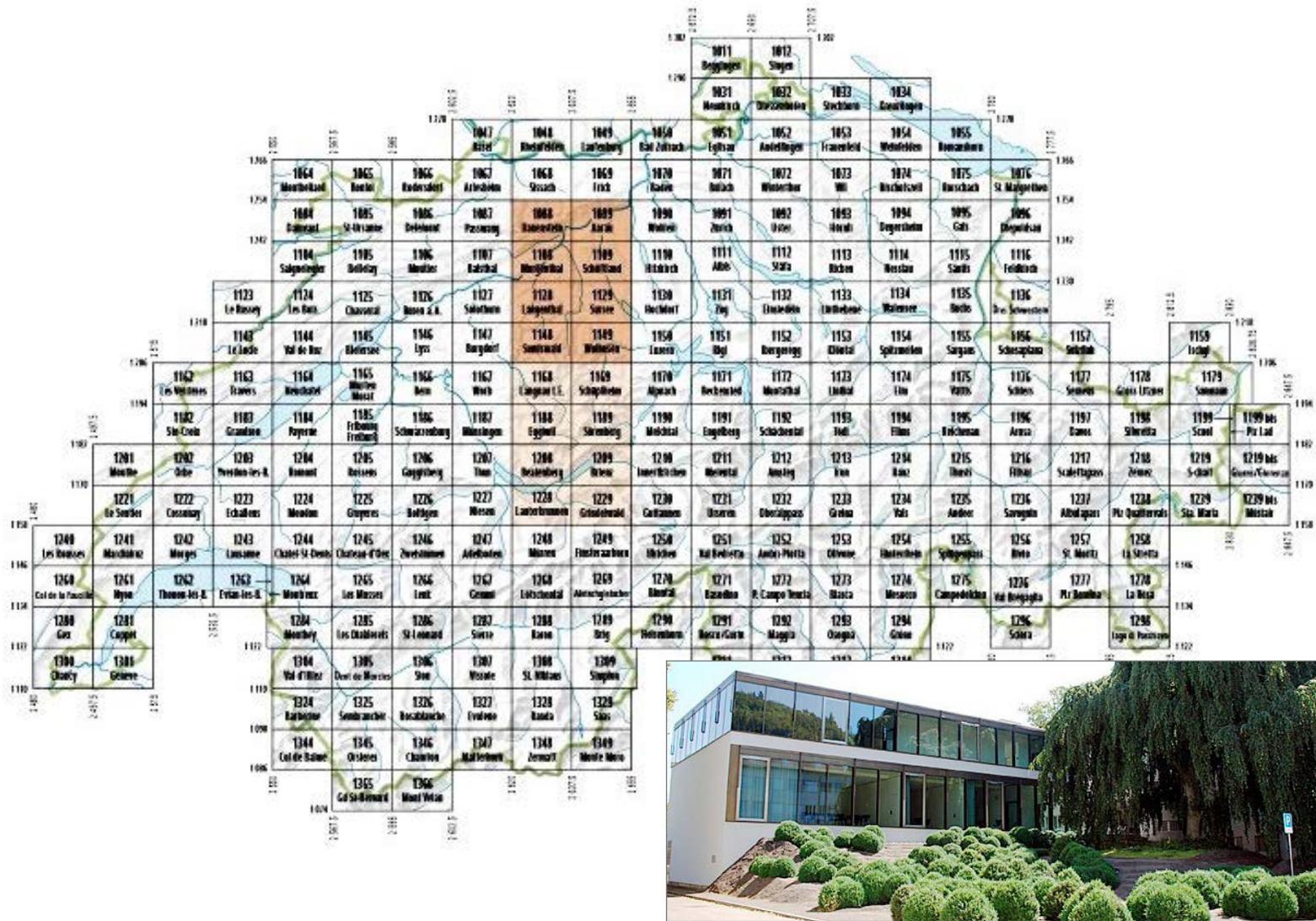
Das Löschmittel (Novec™ 1230 von 3MTM) wird in einem Stahlbehälter unter Druck bevorratet. Die Auslösung erfolgt automatisch oder manuell über Druckknopftaster (Handauslösung) bzw. wenn vorgesehen einem mechanischen Auslöshebel am Hauptbehälter.

Das Löschmittel Novec 1230, genutzt in der Minimax Feuerlöschanlage MX 1230, ist eine farblose, fast geruchlose Flüssigkeit, die im Molekül Kohlenstoff, Fluor und Sauerstoff enthält (chem. Formel $CF_3CF_2C(O)CF(CF_3)_2$).

Die Löschwirkung des in stationären Feuerlöschanlagen eingesetzten Novec 1230 beruht, wie bei jedem Halon, auf homogener Inhibition (dabei reisen besonders reaktionsfreudige Moleküle, Radi-

kale, die aus dem Löschmittel gebildet werden, aus dem brennenden Material Moleküle heraus. Damit wird die Brandreaktionskette unterbunden, d.h. der Flammenbrand gelöscht). Das Molekül besitzt keine elektrische Leitfähigkeit. Damit entstehen keine Kurzschlussreaktionen in elektrischen Anlagen. Es hat mit einem Treibhauspotenzial (CO₂-Äquivalent) von 1 den geringsten Wert aller aktuell zugelassenen chemischen Löschmittel und zerfällt unter Sonneneinstrahlung innerhalb weniger Tage.

Novec 1230 hat folgende physikalische Eigenschaften: Siedepunkt: 49 °C, Gefrierpunkt: -108 °C, Dampfdruck: 40,4 kPa (bei 25 °C), Verdampfungswärme: 95 kJ/kg (von 25 °C)



Swisstopo

NEUE LANDESKARTEN FÜR DIE SCHWEIZ

Nach intensiver Vorarbeit startete das Bundesamt für Landestopografie swisstopo mittlerweile 8 Blätter (zusätzlich 1128,1129,1148,1149) 1088 Hauenstein, 1089 Aarau, 1108 Murgenthal und 1109 Schöffland mit der umfassenden Modernisierung des Kartenwerks im Masstab 1:25'000. Innerhalb der nächsten sechs Jahre werden sämtliche 247 Blätter auf die neue Kartengeneration umgestellt.

> von Anton Wagner

Die ab den 1950er Jahren entstandene Landeskarte 1:25'000 entspricht nicht mehr den Möglichkeiten und Anforderungen von heute. Sie basiert auf dem damaligen Stand der Technik und den damals zur Verfügung stehenden topografischen Grundlagen. Anforderungen wie flexible Datennutzung für verschiedene Medien, effiziente Prozesse in der Produktion, höhere Genauigkeit und raschere Aktualisierung der Daten lassen sich nur erfüllen, wenn eine umfassende Modernisierung erfolgt und die Landeskarte auf eine neue Basis gestellt wird. Diese Verbesserungen sind sowohl in den gedruckten Karten als auch bei der Nutzung in digitalen Medien spürbar.

2013 hat swisstopo mit der umfassenden Modernisierung des grössten amtlichen Kartenwerkes der Schweiz – der Landeskarte 1:25'000 mit 247 Blättern – begonnen. Die Ablösung der alten Landeskarte 1:25'000 erfolgt gleichzeitig mit der Nachführung und soll 2019 abgeschlossen sein. Langfristig werden die Landeskarten in allen Massstäben umgestellt.

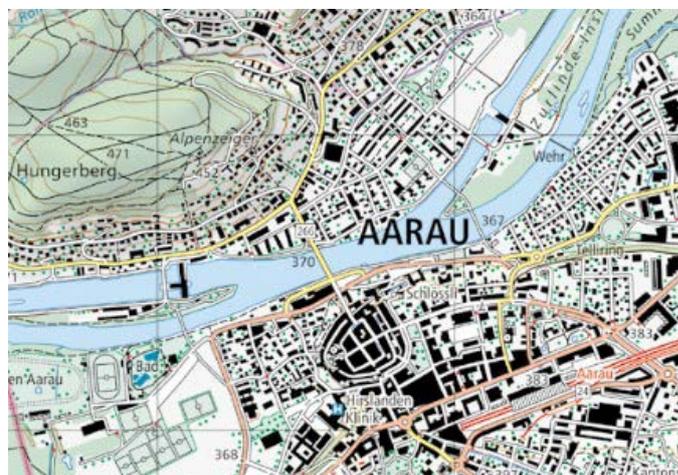
MODERNERE GRAFIK FÜR EINE BESSERE LESBARKEIT

«Vor dem Hintergrund der heute vermehrten digitalen Nutzung wartet das neue Kartenwerk im Massstab 1:25'000 mit einer sanft renovierten Kartengrafik auf», sagt Olaf Forte, Leiter Kartografie bei swisstopo. Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Karte etwas farbiger ist. So sind die Gemeindegrenzen violett und die Bahnlinien rot dargestellt. Durch solche farbliche Differenzierungen sind nun die Objekte leichter lesbar. Auch das Strassennetz wird je nach Verkehrsbedeutung mit Farben unterlegt. Strassen sind entsprechend ihrer nutzbaren Breite dargestellt und können nach Hart- und Naturbelag unterschieden werden. Neu ist auch die Verwendung der Schweizer «Frutiger-Schrift» bei der Beschriftung der Inhalte. Sie macht das Kartenbild insgesamt ruhiger und besser

lesbar. Mit den visuellen Veränderungen wird die Grafik der Landeskarte erstmals nach über 60 Jahren in wesentlichen Teilen weiterentwickelt.

KARTENNACHFÜHRUNGEN WERDEN EINFACHER

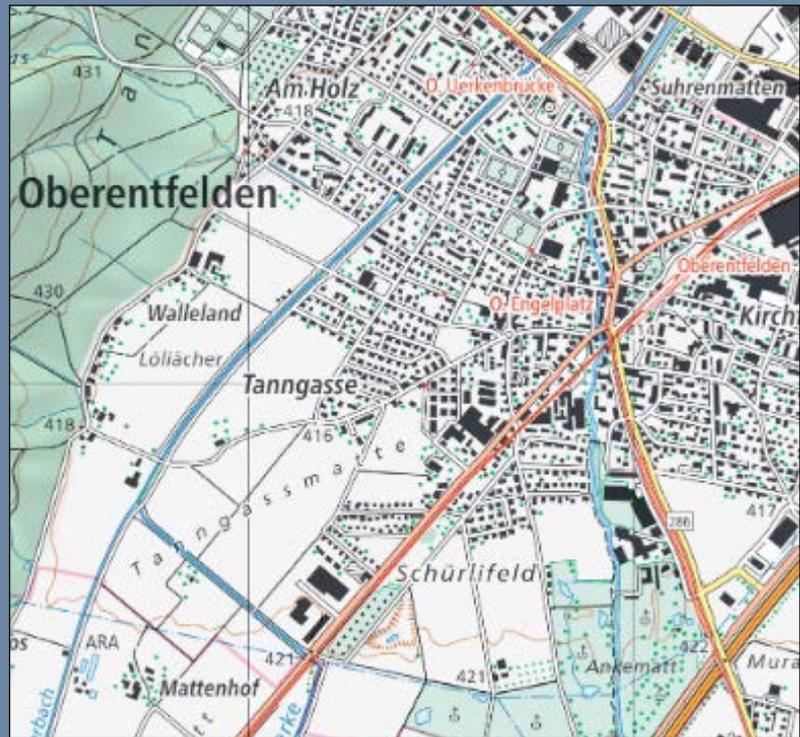
Bis anhin wurde bei der periodischen Nachführung der Landeskarte jedes Detail manuell erfasst und von den Kartografen bei swisstopo nachgeführt. Künftig werden die Inhalte für die Karten aus einer riesigen Geodatenbank abgeleitet. Damit können viele bisherige Prozesse automatisiert werden. Der Kartograf mit seinem Spezialwissen übernimmt künftig vor allem komplexe Aufgaben, die der Computer nicht automatisch erledigen kann sowie die Qualitätssicherung. Für Olaf Forte ist dieser Schritt ein kartografischer Meilenstein: «Er ist vergleichbar mit der Einführung des Kupferstichs oder der Einführung der digitalen Produktion».



NEUE TECHNIK ERÖFFNET NEUE MÖGLICHKEITEN

Elektronisch können verschiedene Karteninhalte wie Wald, Gewässer oder das Strassennetz neu auch separat genutzt und beliebig dargestellt oder mit Daten von Drittanbietern verknüpft werden. Da die Anwen-

Vorher Nachher



derinnen und Anwender die digitalen Kartendaten nach ihren eigenen Bedürfnissen auswählen können, eröffnet dies neue Möglichkeiten für die Nutzung der swisstopo-Kartografie. Die neue Kartengeneration wird somit zum Landeskartenwerk der neuen Medien, wobei die gedruckte Karte ein wesentliches von künftig vielen denkbaren und vielseitig einsetzbaren Produkten bleibt.

FAZIT

Für den privaten Anwender bringt die neue Landeskarte ein modernes, attraktives und gut lesbares Kartenbild in gedruckten und digitalen Produkten. Sie eröffnet zudem durch flexible Daten in Anwendungen und Diensten neue individuelle Darstellungs- und Nutzungsmöglichkeiten.

Für den Profianwender sind die Vorteile vor allem in der flexiblen Darstellung und bei der Verknüpfung mit weiteren Daten zu finden.

WEITERHIN GUTE SCHWEIZER QUALITÄT

Trotz grundlegend neuem Aufbau und modernisierter Grafik wird das wichtigste Merkmal der Schweizer Landeskarten auch in Zukunft unverändert bleiben: Die von den Nutzerinnen und Nutzern geforderte und geschätzte hohe Qualität der Inhalte. Auch wenn viele Arbeitsschritte bei der Produktion automatisationsunterstützt erfolgen, stecken beim neuen Kartenwerk noch Handarbeit und minutiöse Qualitätskontrollen dahinter. Die Fels- und Reliefdarstellung, auf der sich der Weltruf der Schweizer Karten begründet, wird übernommen und aktualisiert. Dadurch bleibt der Charakter der bekannten Schweizer Landeskarte 1:25'000 erhalten.





ZUSÄTZLICHE PRÄZISION

Eine markante Änderung betrifft Namen und Höhenangaben. Auf der neuen Karte weichen etliche Namen von den alten Angaben ab, denn es wird vermehrt auf amtliche Grundlagen zurückgegriffen, die zum Beispiel von den Kantonen kommen. Auf den alten Karten waren sowohl sichtbare Wegstücke als auch markierte Routen ohne sichtbaren Weg mit einer losen, gestrichelten Linie dargestellt. Beim Kartenlesen wusste man nie: Gibt es da im Gelände einen Weg oder nicht? Jetzt sieht es der Bergwanderer klarer: Die markierten Routen ohne sichtbares Wegstück werden neu mit einer engen Punktlinie dargestellt.

Bei Höhenkoten unter 2'000 Metern gibt es teilweise Änderungen, weil Vermessungspunkte leicht verschoben wurden oder auf Vollstellen abgerundet wurden. Was Höhen über 2'000 Meter betrifft, liegt der neuen Landeskarte ein viel genaueres Datenmodell zugrunde. Dies kann natürlich ebenfalls zu Anpassungen führen. In der Regel bewegen sich die Änderungen im Bereich zwischen 1 und 3 Metern. Neue 4'000er-Gipfel gibt es jedoch deswegen keine.

SAC-FÜHRER UND KARTEN SIND NOCH NICHT KOMPATIBEL

Auf geänderte Höhenangaben müssen vor allem Berggänger achten, wenn sie ihre Routen mit einem SAC-Führer planen und diese dann auf einer neuen Karte nachvollziehen wollen. Die aktuellen SAC-Führer berufen sich noch auf die alten Landeskarten.

Swisstopo selber wird sechs Jahre benötigen, bis alle Karten erneuert sind. Der SAC Verlag gibt über 150 Bücher heraus und kann pro Jahr jeweils rund zehn Bücher erneuern. Laut Verlagsleiter Hans Ott wird es daher 10 bis 15 Jahren dauern, bis alle Bücher auf den neuen Landeskarten beruhen.





VICTORINOX

COMPANION FOR LIFE



CYBERTOOL

34 functions, 91 mm, 157 g

Victorinox AG, Schmiedgasse 57, CH-6438 Ibach-Schwyz, Switzerland
T +41 41 818 12 11, F +41 41 818 15 11, info@victorinox.ch

www.victorinox.ch